

TATblatt

minus 97 nummer

27. Jänner 1989

Preis: öS 8.-

Hausbesetzung lohnt sich doch: Ein freies Haus für Graz

(besetzerInnen; Solidaritätskomitee; TATblatt/yß)

Eine Woche lang währte die Besetzung des "Sozial-, Kultur und Kommunikationszentrums", welches in einem bislang leergestandenem Haus

in der Ägydigasse (diesmals in Graz, und nicht Nr. 13 sondern 14-16) selbstverwaltet geschaffen werden sollte. Den BesetzerInnen wurden nun Ersatzobjekte angeboten.

Außerdem in diesem TATblatt:

Neues vom StudentInnenstreik
in der BRD und in Westberlin

Budget 1989:

Wenn der Rotstift regiert...

Der Budgetvoranschlag für 1989 folgt der Maxime "Budgetkonsolidierung". Wo auf wessen Kosten gespart wird - das steht im Blattinneren.

EKIS

(Elektronisches
Kriminalpolizeiliches
Informationssystem)

Europide Rasse - (Typ 1); oder südländisch (Typ 2)? Wiener Dialekt (DR11), steirischer (DE12); oder Sprachfehler (SPRF)? Tätowierung ... auf der Zunge (MO5), einen Totenkopf (M14) oder die Freiheitsstatue (BO1)? Vielleicht mal Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet (Delikt 269)? Der Computer des Innenministeriums weiß alles. Und um gespeichert zu werden, bedarf es nicht viel, schon gar nicht einer strafbaren Handlung

Am Freitag, den 13. Jänner um 7 Uhr morgens verbarrikadieren sich die ersten BesetzerInnen im Haus. Gleichzeitig werden von draußen die Medien verständigt und wird in der Innenstadt begonnen, Flugzettel zu verteilen. Rasch versammeln sich zahlreiche Leute, unter ihnen Polizei und Presse, rund um das neue Sozial- und Kulturzentrum. Eine Pressekonferenz wird im Haus abgehalten; im Hof wird eine improvisierte Kunstaussstellung

nen" wird freier Zu- und Abgang zugestanden, wenngleich das Recht von seiten der Polizei nach Lust und Laune gelegentlich eingeschränkt wird.

Ebenso variieren die Bestimmungen über das Rein- oder Rausgehen von Schriftstücken gemäß den spontanen Einfällen der Polizei-Beamten. Es muß dann immer zuerst langfristig verhandelt werden, um kurz darauf wieder neuerlichen Einschränkungen



eröffnet.

Um 15 Uhr geht die sogenannte Feuerwehr daran, Türen und Fenster zu versperren oder/und zuzunageln. Lediglich ein Fenster kann weiterhin zum Plaudern und zur Versorgung der BesetzerInnen mit Lebensmittel u.a. genutzt werden. Nur "streetworkerIn-

der eben erst vereinbarten Bedingungen gegenüberzustehen.

Am Donnerstag, den 19. Jänner verlassen die BesetzerInnen nach einer Woche Nervenkrieg "freiwillig" das Gebäude. Mit ein Grund dafür war

Fortsetzung Seite 5

Homosexuelle bringen Verfassungsklage ein

Bundespolizeidirektion Wien wegen Vorgehen am Albertinaplatz untere Anklage

(TATblatt)

Der nach wie vor von der offiziellen Öffentlichkeit totgeschwiegenen homosexuellen Opfer des Nazi-Regimes wollte am 24.11.88 die HOSI (Homosexuelle Initiative) Wien mit einem Transparent bei der Enthüllung des Hrdlicka-Denkmal's gedenken. Unter Führung des "kämpferproben" Obstl. Neugeborn wurde das Transparent unter Gewaltanwendung von der

Wiener Polizei abgenommen, beschädigt und beschlagnahmt. An Ort und Stelle war damals Neugeborn weder bereit gewesen, eine Begründung derartigen Vorgehens abzugeben noch eine Anzeige wegen Sachbeschädigung aufzunehmen.

Nun wurde von VertreterInnen der Homosexuellen Initiative durch den Anwalt Dr. Prader eine Beschwerde gegen die Bundespolizeidirektion

Wien wegen Verletzung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung (Art.10 EMRK (Europ. Menschenrechtskonvention) und Art.13 StGB) eingebracht, da das Entrollen eines antifaschistischen Transparents bei einer antifaschistischen Kundgebung nur schwerlich als Störung empfunden werden kann. Auf den Ausgang des Verfahrens darf mensch gespannt sein.

Weitere Folgen der Denkmalenthüllung

Staatsgewalt versus Toni Sticht

(HB)

Zur Vorgeschichte: Am 24.Nov.88 wird das Hrdlicka-Denkmal gegen Faschismus und Krieg mit einer Kundgebung von rund zweitausend Menschen vor der Albertina eingeweiht. Unter den TeilnehmerInnen befinden sich zwei Gruppen von Menschen, die mit je einem Transparent auf ihre speziellen Anliegen hinweisen - Homosexuelle, die auf die Vernichtung ihresgleichen in den Nazi-KZs und Leute von der Hausgemeinschaft Aegidigasse/Spalovskigasse, die daran erinnern, daß die Arisierer noch unter uns sind. Nach kurzer Zeit schreitet die Polizei ein, um die beiden Transparente zu entfernen. Die Amtshandlung wird mit großer Brutalität durchgeführt und bewirkt empörte Reaktionen der umstehenden KundgebungsteilnehmerInnen. Unter anderen protestiert Toni Sticht verbal gegen das Einschreiten der Polizei und wird gemeinsam mit zwei weiteren Menschen festgenommen und abgeführt.

Bereits am 18.Jänner (so schnell können Behörden arbeiten) steht Sticht im Wiener Landesgericht wegen versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor dem Einzelrichter Fischer. Die von der Staatsanwältin vorgetragene Anklage umfasst nur einige Sätze: der Beschuldigte mußte wegen provokativen Verhaltens festgenommen werden und versuchte durch Umsichschlagen und gezielte Fußtritte gegen Polizisten eine Amtshandlung, nämlich seine Festnahme, zu verhindern.

Sticht trägt seine Darstellung der Er-

eignisse vor, erwähnt, daß der, die Festnahme aussprechende, Oberstleutnant Neugeborn jede Gelegenheit benützt, ihn in Schwierigkeiten zu bringen, daß er (Sticht) wegen Vorfälle beim Opernball 1987 eine Verfassungsgerichtshofbeschwerde gegen Neugeborn eingebracht hat, die noch läuft und daß Neugeborn ihm die Festnahme schon vor der Kundgebung angedroht hat. Sticht schildert auch den politischen Zusammenhang der Ereignisse an diesem Tag und bestreitet irgend einen Widerstand gegen seine Festnahme geleistet zu haben.

Der Richter Fischer, der schon vorher zeigte wer der Chef im Ring sei, indem er, mit Berufung auf die vorhandenen vier (!) BesucherInnensesseln, die restlichen zehn ZuhörerInnen aus dem Saal wies, zeigt offensichtliches Desinteresse an Stichts politischen Ausführungen, aber um so mehr Interesse an einer flotten Abwicklung.

Anschließend treten die drei Zeugen der Anklage auf:

1. Inspektor Stritzky von der Alarmabteilung (jung, dynamisch und hält sich mit Kaugummikauen fit) hat gemeinsam mit drei Kollegen, auf Anweisung des Obstl. Neugeborn Sticht festgenommen. Er kann sich ganz genau an die Ereignisse erinnern, vor allem daran, daß sich Sticht vehement gewehrt hat, sich aus dem Griff zu winden versuchte und daß er gegen die Polizisten getreten hätte. Leider kann er sich an keinen einzigen seiner drei Kollegen, die mit ihm an der Festnahme beteiligt waren, erinnern. Obwohl

der Richter mehrmals nachfragte. Die Frage ob die Tritte gezielt waren verführt ihn zu einer bemerkenswerten Feststellung: man kann nicht gezielt gegen Polizisten treten, die an einem hängen, denn da wären die Beamten so gut geschult, da hätte niemand eine Chance. Daher kann man nicht von gezielt reden, aber versucht zu zielen habe der Beschuldigte sicher. Auf die Frage des Verteidigers RA Prader wieviele Transparente er auf dem Albertinaplatz gesehen habe, antwortete der Zeuge: dreißig bis vierzig. Jeder der/die dort war weiß, daß es ausschließlich die zwei von der Polizei entfernten Transparente gab. Schutzbehauptung ?, Viel Feind, viel Ehr-Mentalität oder eingeschränktes Wahrnehmungsvermögen?

2. Oberstleutnant Neugeborn bestätigt vollinhaltlich und ziemlich gleichlautend die Anklage und die Aussage seines Untergebenen. Er war aber kein unmittelbarer Tatzeuge, denn nach eigener Darstellung hat er sich nach Erteilung des Festnahmebefehls etwa sieben Meter zurückgezogen, weil "ich ja sonst selbst ein Hindernis gewesen wäre." Und obwohl er selbst von Tumulten und Gedränge spricht, hat er von seinem 7m entfernten Standort die Fußtritte, die Sticht angeblich austeilte, ganz genau gesehen. Allerdings an die Beamten die außer dem Zeugen Stritzky an der Festnahme beteiligt waren, kann er sich nicht mehr erinnern. Er meint auch, auf Befragung des Richters, daß sich das sicher nicht mehr feststellen ließe. Dafür weiß der Zeuge ganz genau Bescheid über das Gefühlsleben des

EG-Beitritt nur nach Volksabstimmung möglich

(wiener zeitung;tb))

Die Neutralitätsbedenken werden von den EG-BefürworterInnen oft beiseite geschoben. Aber trotzdem bedürfe ein EG-Beitritt Österreichs zahlreicher grundlegender Verfassungsänderungen, die einer Gesamtänderung der Bundesverfassung gleichkäme, worüber wiederum laut Bundesverfassung zwingend in einer Volksabstimmung entschieden werden müsse. Dies geht aus einer Studie des UnivProf Theo Öhlinger im Auftrag der Industriellenvereinigung hervor.

Da bei einem EG-Beitritt an die 80

Prozent der Gesetze der Mitgliedsstaaten Gemeinschaftsrecht sein werden, sind nicht mehr die vom Volk gewählten Abgeordneten Quelle allen Rechts (Artikel 1 der Bundesverfassung) sondern internationale Organe, die sogar laut Öhlinger nur über "sehr dünne demokratische Legitimation" verfügen.

Das zweite verfassungsrechtliche Problem ist der Föderalismus. Nach einem EG-Beitritt wäre Österreich durch die Bundesregierung, nicht aber durch die Länder, in den Entscheidungsgremien vertreten. Das würde

einen weiteren Kompetenzverlust der Länder bedeuten.

Der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, der die Studie am 11. Jänner präsentierte, ist aber trotzdem aus seiner Sicht zuversichtlich: Er ist überzeugt, daß "auch zum jetzigen Zeitpunkt eine Volksabstimmung in Österreich nicht negativ ausgehen" würde - "wenn sie gut vorbereitet ist". Vor einem Jahrzehnt hingegen, als die NorwegerInnen darüber in einer Volksabstimmung zu entscheiden hatten, fiel das Ergebnis gegen einen EG-Beitritt aus.

Fortsetzung von Seite 2

Stichtischen Umfeldes: "Das sind Leute die stolz darauf sind, daß sie Amtshandlungen der Polizei behindern und die sich immer freuen wenn es ihnen gelingt."

Der 3. Zeuge Inspektor Rohrbach ist nur irrtümlich geladen worden. Er hat auf der Anzeige nur die Kontrollunterschrift geleistet und weiß von dem, was er unterschrieben hat, nichts. Es geht halt nichts über eine strenge Kontrolle.

Während der Verhandlung unterbrach der Richter ständig den Verteidiger, mahnte ihn zu Sachlichkeit (?) und ließ keine Hintergrundfragen zu. Die Verteidigung beantragte die Ladung von rund einem Dutzend Zeuginnen (offensichtlich Kundgebungs-TeilnehmerInnen). Der Richter entsprach dem Antrag und vertagte die Sitzung auf unbestimmte Zeit. Diese Zeit will er auch benutzen um zu schauen ob nicht doch, auf dem Amtsweg, festzustellen ist, wer die anderen festnehmenden Beamten waren.

Wer einigermaßen mit der Wiener Polizei vertraut ist, kann keinen Zweifel hegen, daß die Verantwortlichen wissen, wer die anderen Beamten seien. Wenn man/frau sie trotzdem als nicht feststellbar bezeichnet, kann sich jeder vorstellen welche "guten" Zeugen sie wären. Die Fortsetzungen der Verhandlungen versprechen hörenswert zu werden; also am Ball bleiben, vielleicht gibts das nächste mal einen größeren Saal.

SPÖ: Die letzten fünf Minuten



Frage: Internationalismus?

Antwort: Internationale Wechselkurse!

(Club 2, 17. Jänner)

Bringen wir die Verhältnisse zum Tanzen Einladung zum Opernball

Treffpunkt: 2. Februar 19 Uhr, Scheuenerbergplatz
auf daß dieser Höhepunkt der Ballaison nicht reibungslos über die Staatsobernahme gehen mag

Bitte die diesem TATblatt beiliegenden Flugblätter diesbezüglichen Inhalts zu beachten.

Letztes Vorbereitungsplenum:

Montag, 30. Jänner um 19 Uhr im WLB-Kinoaal.

Betrifft: TATblatt

Wir wollen an dieser Stelle diesmal zwei neue Rubriken vorstellen, die es fortan im TATblatt geben soll: Eine Rubrik, die die Höhepunkte dessen, was im letzten TATblatt so alles schiefgelaufen ist, in ein paar Worten zusammenfaßt, und eine Rubrik, die all jene Themen notiert, über die es an und für sich unbedingt Beiträge im TATblatt geben sollte, die es aber dennoch nicht gibt.

Sodenn:

Was das letzte Mal alles schiefgelaufen ist:

Im Artikel über die SchülerInnen- und Studi- ausstände in der BRD und Westberlin ist einmal von 150 Stück Festnahmen die Rede. Hierbei waren keineswegs 150 Stück Männer und Frauen sondern 150 Festnahmen gemeint. Auf alle Fälle war es saudumm formuliert.

Im Vorspann zu Stephan Eibel stand zu lesen, daß er sich für den "größten Dichter überhaupt" hält. Das war nicht so ernst gemeint, wie es aufgefaßt werden konnte. Es sollte ihn lediglich ein bißchen verarschen. Trotzdem hat ihn dieser Satz nicht zu Unrecht schwer getroffen, weshalb er in diesem TATblatt auch ausführlich darauf reagiert. Tschuldigung!

Was diesmal fehlt:

Absolut nichts bringen wir über die Lucona-Untersuchungs-Show, der Beitrag ist nicht fertig geworden. Ebenso findet sich keine Analyse oder Stellungnahme zum Rücktritt des Innenblechas, und keine Vorstellung der mutmaßlichen Kandidaten für seine Nachfolge.

Letztendes gibt es auch nichts über all jenes was in der katholischen Kirche derzeit so abrennt zu lesen - weil dies Thema einfach niemand bearbeiten konnte.

Liebe und Kraft
das TATblatt-Kollektiv

Peter Margulies ist frei!

(TATblatt)

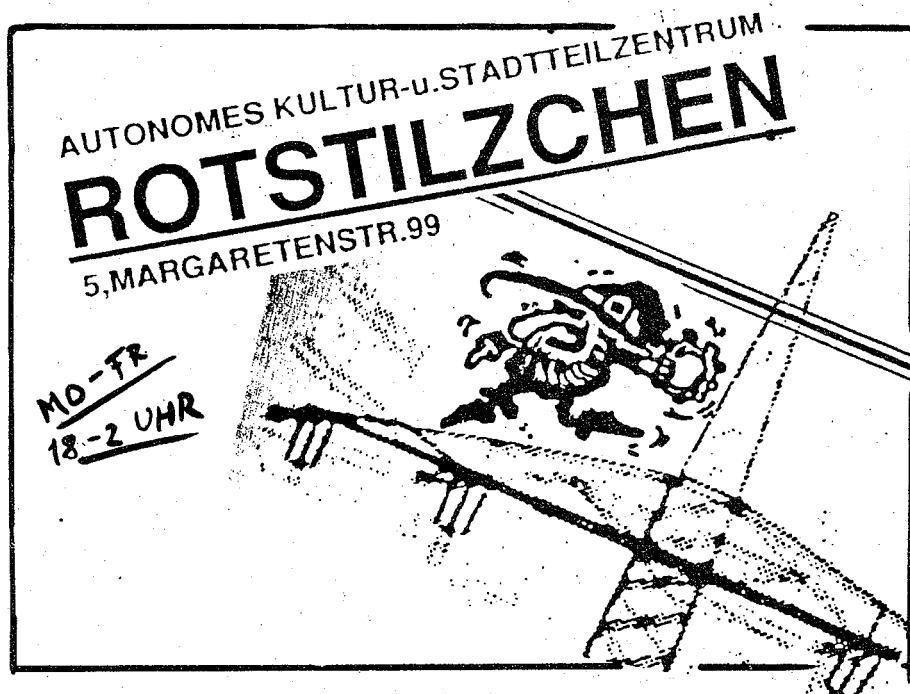
An dieser Stelle war ein Kommentar zur Ablehnung der "Halbstrafe" für Peter Margulies vorbereitet. Seinem Antrag auf vorzeitige bedingte Entlassung gemäß Paragraph 46 StGB wurde nun aber überraschenderweise doch entsprochen! Seit Montag, 23. Jänner ist Peter frei!

Peter befand sich bekanntlich seit Oktober im Gefängnis. Er hatte eine mehr als 8-monatige Haftstrafe wegen Sprayens (u.a. hatte er zB ein Haken-

kreuz mit "Nazis raus" übersprüht) abzusitzen. Nachdem er die Hälfte der Straftat abgesessen hatte wurde er nun bedingt entlassen. Ein weiteres Verfahren wegen der studentischen Aktionsdemo im November 1987 steht noch aus.

Mit dieser Begründung wurde sein Antrag auf vorzeitige Entlassung noch am 30. Dezember 1988 von Richterin Elfriede Jelinek aus Eisenstadt abgelehnt:

"Der Strafgefangene fühlt (sich) erkennbar der sogenannten 'autonomen Szene' und insbesondere dem Verein 'Rotstilzchen', dessen Vorstandsmitglied er ist, nach wie vor verbunden (...). der genannte Verein wurde insbesondere im Zusammenhang mit mehrmaligen Hausbesetzungen, in deren Folge es zu Ausschreitungen und Anzeigen kam, sowie durch Schmieraktionen amtsbekannt (...). Es steht daher zu befürchten, daß der Strafgefangene - auf freien Fuß gesetzt gerade in jenes Milieu zurückzukehren trachtet, aus dem heraus er straffällig geworden ist (...). Unter dem Druck seiner Freunde wird sich der Strafgefangene von Aktionen des angeführten Vereins kaum distanzieren können, ohne einen Verlust seines Ansehens in diesem Kreis hinnehmen zu müssen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen weiters, daß der friedliche Verlauf der von Mitgliedern dieser Personengruppe veranstalteten Demonstrationen keinesfalls von vorne herein gesichert erscheint. (...) Hinzu kommt, daß gerade Strafverfahren wegen unerlaubter Aktionen des beschriebenen Vereins von den einzelnen Mitgliedern mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden und daher mit dem raschen Bekanntwerden jeder gerichtlichen Entscheidung zu rechnen ist. Im Hinblick auf die bereits oftmals gezeigte gesetzwidrige Vorgangsweise bei der Präsentation der Anliegen dieser Gruppe mußte die bedingte Entlassung dem Strafgefangenen auch aus besonderen, in den Erfordernissen der Generalprävention gelegenen Gründen verwehrt werden.



Hausbesetzung in Graz

Fortsetzung von Seite 1

auch, daß sie eine bevorstehende gewaltsame Räumung für immer wahrscheinlicher halten.

Im Verlauf der Besetzung kam es mehrfach zu Verhandlungen zwischen BesetzerInnen und Solidaritätskomitee auf der einen Seite, und dem Stadtrat für "Liegenschaftsverwal-

tung" Messner samt Sekretär auf der anderen. Das besetzte Haus müsse verlassen werden, wurde seitens der Stadt stets betont. Auf dem Areal sollen nämlich Wohnbauten für Sozial Schwache (?) errichtet werden, hieß es. Ein entsprechendes Projekt wurde just an dem Tag, an dem die Besetzung begonnen hatte, der Öffentlichkeit

vorgestellt.

Inzwischen stehen aber drei von der Stadt angebotene Ersatzobjekte zur Verwirklichung der Anliegen der BesetzerInnen den mit der Schaffung des Sozial- und Kultur-Zentrums beschäftigten Leuten zur Auswahl. In zwei der Häusern könnten einige der Ansprüche auch tatsächlich teilweise verwirklicht werden. Eines dieser Häuser befindet sich in der Sterngasse (in unmittelbarer Nähe der Ägydigasse) und bietet Platz für 8-10 Wohnungen, einen Gemeinschaftsschlafrum, ein Beisl und Büroräume. Ein anderes Haus, ein ehemaliges Tröpferlbad in der Nähe des Augartens würde sich gut für Veranstaltungen eignen. Das dritte Haus ist indiskutabel, da es am Stadtrand liegt. Als Übergangslösung stehen schon jetzt 2 Büroräume und ein Plenumsraum zur Verfügung.

Die Verhandlungen sind derzeit noch im Laufen, über den weiteren Fortgang berichten wir in den nächsten TATblatt-Minus-Nummern. Die Chancen, eines der angebotenen Häuser auch tatsächlich zu bekommen, stehen überaus gut. Die von der Stadt gestellten Bedingungen werden von den BesetzerInnen erfüllt werden. So konstituieren sie sich beispielsweise, einer Forderung der Stadt folgend, als Verein.



Auszüge aus der Erklärung der BesetzerInnen und des Solidaritätskomitees:

Wir fordern:

- *sofortigen freien Zugang zum Haus
- *die Überlassung des Areals Ägydigasse 14-16 durch die Stadtgemeinde Graz zur Errichtung eines selbstverwalteten Sozial- und Kulturzentrums.
- *einen gültigen Mietvertrag zu einer lediglich symbolischen Miete
- *daß die in Graz leerstehenden Wohnungen den Obdachlosen zu Verfügung gestellt werden.
- *daß dem Mietwucher und der Spekulation mit dem Grundbedürfnis Wohnen ein Ende gesetzt wird.
- *sofortige Verhandlungen wuaufgenommen werden.

Zur Obdachlosigkeit

In Anbetracht des akuten Wohnungsproblems, der Tatsa-

che einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Obdachlosen, die entweder in menschenunwürdige Obdachlosenasyile abgeschoben werden oder überhaupt verdrängt und vergessen werden, ist es nur logisch, daß zu Selbsthilfe gegriffen wird. Da es keine legalen Möglichkeiten gibt, an die offensichtlich leerstehenden Wohnungen in der ganzen Stadt heranzukommen, ist es nur verständlich, daß man/frau zu einer illegalen Handlung gezwungen wird. Es handelt sich für die Betroffenen um ein akute Überlebensproblem, ein jahrelanges Warten ist daher unmöglich.

Darüberhinaus möchten wir auf die Wechselwirkung von Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit hinweisen, die es einem Menschen ohne festen Wohnsitz unmöglich macht, eine Arbeit zu finden.

Durch Mietwucher und Spekulantentum ist das Grundrecht

jedes Menschen auf Wohnen ständig gefährdet.

Nicht zuletzt zeigen wir auf, daß nicht-österreichische StaatsbürgerInnen mit noch mehr Schwierigkeiten konfrontiert werden (Aufenthaltsgenehmigung nur mit festem Wohnsitz, Vorurteile und AusländerInnenfeindlichkeit der VermieterInnen etc.)

Was soll nun dieses Sozial- & Kulturzentrum sein?

Eine Stätte des Zusammenwirkens von Leben und Arbeit. Wohnraum besteht zusammen mit Produktions- und Aufführungsstätten. Es ist dies ein Ort der Kommunikation, an dem gesamtheitliche Lösungen gefunden werden.

Durch das nicht-mehr-Trennen von Leben und Arbeit ist es nun möglich, zu neuen kulturellen Formen zu kommen. Letztendlich ist auch die Obdachlosigkeit ein kulturelles Problem.

Das gesamte Projekt soll völlig selbstverwaltet funktionieren. Das heißt: Jeder der/die sich innerhalb des Zentrums engagiert, hat völlig identische Rechte mitzubestimmen und mitzugestalten. Alle entstehenden Probleme sollen durch die Betroffenen gelöst werden. Um einen solchen selbstorganisierten Organismus ins Leben zu rufen, ist es notwendig, von vornherein mit so wenig mit möglich Vorgaben konfrontiert zu sein. Die bestehenden vorgegebenen Strukturen (Jugendzentren,...) ermöglichen einen solchen von Grund auf entstehenden Prozeß nicht.

Außerdem würde es jungen unbekannten, schaffenden Menschen die Möglichkeit zur Präsentation (Konzerte, Ausstellungen, Theater, Lesungen, Vorträge,...) in einem entsprechenden auch größeren Rahmen ermöglichen. Im Unterschied zu den bestehenden Strukturen würde es hier möglich sein, Veranstaltungen so kostengünstig zu organisieren, daß hier junge KünstlerInnen erstens überhaupt durchführen können und zweitens sich nicht irgendwelchen bestehenden Kulturinstituten anbieten müssen.

Zu den Gebäuden Ägydigasse 14-16

Für das beschriebene Projekt brauchen wir:

*Ein Gebäude, in dem die Möglichkeit besteht, Soziales und Kulturelles in direkte Verbindung zu bringen.

*Eine Vielzahl von unterschiedlichen Räumen, die sich teilweise als Wohnungen, teilweise als Arbeits- und Aufführungsräume eignen.

*Einen großen Innenhof, der auch für größere Open-air-Veranstaltungen geeignet ist

*Die Lage des Objekts muß relativ im Zentrum und gut erreichbar sein.

*Die Größe des Objekts soll überschaubar sein und dennoch nicht zu klein sein, um möglichst viele Anliegen an einem Ort zu vereinen.

Wir glauben, daß das Areal Ägydigasse ideal ist, da es obgenannten Anforderungen entspricht.(...)die Definition "Abbruchhaus" erscheint uns (...)nicht gerechtfertigt. Die Beteiligten erklären sich bereit, Renovierungs- und Sanierungsarbeiten selbst und in Eigenregie durchzuführen. Dafür erlangen sie das unentgeltliche Wohn- und Nutzungsrecht durch die Stadtgemeinde.(...)Wir sind bereit die anfallenden Betriebskosten zu bezahlen, fordern jedoch Stadt/Land/Bund auf, die Materialkosten für Renovierung und Sanierung zu stellen. das einmal bestehende Projekt wird sich mit Beisl-, Werkstätten- und Kulturbetrieb selbst tragen.

Auf diese Art würde eine unvergleichlich günstige Revitalisierung möglich gemacht. Eine Revitalisierung dieser Art würde den Erfordernissen der BenutzerInnen entsprechen. Es handelt sich hier für Graz sicherlich um ein Pilotobjekt. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß hierbei auch Arbeitsbeschaffung stattfindet.

Das "EKIS" -

ohne strafbare Handlung für die Polizei verdächtig

(phx)

Ohne jemals eine strafbare Handlung begangen zu haben, können in Österreich Menschen im Wiener Zentralcomputer der Sicherheitsbehörden als potentielle SuchtgifthändlerInnen, TerroristInnen, DemonstrantInnen oder BetrügerInnen gespeichert werden. Unter der Bezeichnung EDE ("erkennungsdienstliche Evidenz"), einem Anwendungsbereich des "Elektronischen Kriminalpolizeilichen Informationssystemes" (EKIS), werden Daten verdächtiger Personen erfaßt. "Zu bedenken ist, daß es sich dabei um Vorwürfe, Anzeigen bzw Tatverdächtigungen handelt, nicht jedoch um gerichtlich festgestellte Tatbestände und entsprechende Verurteilung. Diese finden sich ja im Strafregister", heißt es in dem Artikel "Das Spinnenetz der

"Inneren Sicherheit" Von Rechtsanwalt Dr Thomas Prader und Dr Hans G. Zeger von der ARGE Daten. Somit können Personen - ohne ihr Wissen - in der EDE mit zum Teil schwerwiegenden Delikten belastet sein, die sich dann eventuell in einem späteren gerichtlichen Strafverfahren als haltlos erweisen. Die Folgen dieser Datenerfassung sind unüberschaubar und können für die Betroffenen existenzbedrohend werden, wie zahllose, teilweise bereits in der Fernsehreihe "Club 2" besprochene Fälle belegen.

"Wer einmal seine Daten lassen mußte, ist für immer potentieller Täter und elektronisch gespeicherten Verdächtigungen ausgesetzt", heißt es in dem Artikel. Die im Laufe der Zeit gesammelten Daten würden zur Begründung polizeilicher Zwangsmaßnah-

men herangezogen. "Ist schon einschlägig in Erscheinung getreten" oder "ist hieramts bekannt", ist dann in den Anzeigen und Berichten der Sicherheitsbehörden zu lesen. In Österreich gibt es aber kein entsprechendes Polizeibefugnisgesetz, das die Exekutivbeamten zu erkennungsdienstlichen Maßnahmen, Überwachungen oder Personal- und Ausweiskontrollen berechtigt, außer es besteht ein ganz konkreter und dringender Verdacht gegen die Person. "Noch viel weniger gibt es", so die Autoren, "eine gesetzliche Grundlage dafür, daß die so gewonnenen Daten erfaßt und gespeichert werden."

Niemand hat derzeit die Möglichkeit festzustellen, ob die Staatspolizei über ihn/sie Daten gespeichert hat oder nicht. Aber auch dieses Wissen würde

Budget 1989: Wenn der Rotstift regiert...

(kontraste)

Auch heuer wird wieder in vielen Bereichen der Rotstift angesetzt. Im Bereich Soziales wurde das Budget zwar aufgestockt, die Mittel für die Arbeitsmarktförderung sind aber dennoch eher mager.

Auch der Budgetvoranschlag für 1989 folgt der Maxime der "Budgetkonsoli-

dierung". Ein Blick auf die veranschlagten Ausgaben zeigt, daß vor allem im Bereich der Investitionen und Förderungen, aber auch beim Wohnungsbau und bei den österreichischen Bundesbahnen gespart wird. Wie im vergangenen Jahr soll aber auch heuer die Konsolidierung weniger auf der Ausgaben- als auf der

Einnahmenseite erfolgen. Darunter sind in erster Linie einmalige Einnahmen durch die Privatisierungsmaßnahmen gemeint.

Budgetposten, die eine hohe Zuwachsrate aufweisen, sind der Sozial- und der Landesverteidigungsbereich. Während für die Landesverteidigung im laufenden Jahr um 5,4 Prozent mehr Mittel zur Verfügung stehen, stieg das Ausgabenvolumen im Sozialbereich um 5,3 Prozent.

Ausgaben des Bundes

	Voranschlag 1989	Zuwachs gegenüber 1988	Anteil am Budget
Erziehung und Unterricht	44,4 Mrd.	+ 3,2 %	8,4 %
Wissenschaft und Forschung	18,4 Mrd.	+ 1,6 %	3,5 %
Kunst	5,4 Mrd.	+ 4,2 %	1,0 %
Gesundheit	4,7 Mrd.	+ 6,1 %	0,9 %
Soziale Wohlfahrt	138,6 Mrd.	+ 5,3 %	26,2 %
Wohnungsbau	16,6 Mrd.	- 0,4 %	3,1 %
Straßen	14,5 Mrd.	- 1,6 %	2,8 %
Sonstiger Verkehr	99,4 Mrd.	+ 2,6 %	18,9 %
Land- und Forstwirtschaft	14,7 Mrd.	- 7,6 %	2,8 %
Energiewirtschaft	0,1 Mrd.	-	-
Industrie und Gewerbe	18,1 Mrd.	-15,7 %	3,4 %
Öffentliche Dienstleistungen	5,4 Mrd.	- 4,3 %	1,0 %
Private Dienstleistungen	4,2 Mrd.	- 7,3 %	0,8 %
Landesverteidigung	17,9 Mrd.	+ 5,4 %	3,4 %
Staats- und Rechtssicherheit	16,1 Mrd.	+ 2,6 %	3,1 %
Übrige Hoheitsverwaltung	110,1 Mrd.	+ 3,3 %	20,8 %
davon: Zinsaufwand	53,5 Mrd.	+ 1,7 %	10,1 %
Gesamtausgaben	528,6 Mrd.	+ 2,1 %	100,0 %

Die größten Budgetbrocken im Bereich der Sozialen Wohlfahrt sind die Arbeitsmarktverwaltung, die Sozialversicherung und der Familienlastenausgleichsfonds. Während bei letzterem die Ausgaben wie im Budget 1988 veranschlagt wurden, gibt es bei der Arbeitsmarktverwaltung und der Sozialversicherung Zuwächse.

Ein Blick auf die Transferausgaben, die mit insgesamt 174,6 Milliarden Schilling veranschlagt sind, gibt ein detaillierteres Bild über die Ausgabenstruktur im sozialen Bereich.

Fortsetzung nächste Seite

nichts bringen, da es keinen Rechtsanspruch auf Akteneinsicht gibt. Eine Aufnahme in das EKIS - und somit in den Kreis der Verdächtigen - könne aber auch beruflich existenzgefährdende Auswirkungen haben. "Bekanntlich werden routinemäßig die EDE-Listen mit den Personallisten der Verstaatlichten Betriebe verglichen. Insbesondere die Gebietskörperschaften, einer der größten Arbeitgeber Österreichs, haben Zugang zu diesen Daten - mag er auch gesetzwidrig sein."

Das EKIS ist führend in ganz Europa. Es dient der Fahndungstätigkeit der Polizei und dient der Konzentration, Normierung und besseren Vergleichbarkeit der Information, der Dezentralisierung der Abfrage, einer Steigerung der Aktualität und Effektivität sowie der Rationalisierung der Datenerfassung und Auswertung. Über ein Datenfernverarbeitungsnetz erhalten Dienststellen der Polizei, der Gendarmerie und sonstiger gesetzlich berechtigter Behörden, wie Strafgerichte,

Grenzkontrollstellen, Zollhauptfunkstellen oder das Bundesheer, rund um die Uhr Auskunft über die im EKIS gespeicherten Daten. An das Zentralsystem in Wien angeschlossen sind derzeit 147 Bildschirme - davon 78 in der Zentrale selbst - mit festgeschalteten Leitungen und 413 Fernschreibgeräten.

Das EKIS ist in mehrere Anwendungsbereiche gegliedert: Die Strafregisterdatei enthält Daten über Personen mit österreichischer oder ausländischer Staatsbürgerschaft, die von inländischen Gerichten rechtskräftig verurteilt wurden. Urteile ausländischer Gerichte werden ebenfalls aufgenommen, wenn die Verurteilung entweder eine österreichische Staatsbürgerin betrifft oder wegen bestimmter Delikte, wie zB Menschenhandel, Geldfälschung oder Verrat gegen die Republik Österreich erfolgte. Derzeit sind rund 700.000 Verurteilte erfasst. Dateien zur Personenfahndung und Personeninformation enthalten Angaben über Personen, nach denen

von inländischen Gerichten, Sicherheitsbehörden oder Finanzstraßbehörden gefahndet wird. In diesen Dateien werden aber auch Interpol-Fahndungen und fremdenpolizeiliche Informationen, sowie sonstige Angaben über für die Polizei interessante Personen - bspw ZeugInnen von Suchtgiftprozessen oder sog. "politisch Aktive" - gespeichert. Andere Anwendungsbereiche des EKIS sind die Kraftfahrzeugzulassungsevidenz, die Kraftfahrzeug- und Sachfahndung und schließlich im EDE die erkennungsdienstlichen Erkenntnisse.

In der EDE werden kodiert gespeichert z.B.: DR11 = Wiener Dialekt, DE12 = Steirischer Dialekt, SPRF = Sprachfehler, Rasse/Typus: 1 = Europid, 2 = Südländer/Orientale, 3 = Ostasiatische/Mischling,.. Delikte z.B.: 96 = Schwangerschaftsabbruch, 113 = Der Vorwurf einer schon abgetanen gerichtlich strafbaren Handlung,...

*Der Tabelle zufolge sind auch 1989 vor allem die Bundeszuschüsse zu den Pensionen, die am stärksten expandierende Ausgabengröße. Einschließlich Ausgleichszulagen und Überweisungen von der Arbeitslosenversicherung werden voraussichtlich 60,8 Milliarden Schilling erforderlich sein - um 9,5 Prozent mehr als im letzten Budgetvoranschlag. Der Grund für diesen Zuwachs: Im ersten Halbjahr 1989 um 2,1 Prozent ergibt sich daraus eine Steigerungsrate von 4,4 Prozent im ersten Halbjahr. Umgerechnet auf ganze Jahr bedeutet dies eine Erhöhung der Pensionen um 3,3 Prozent. Darüberhinaus ist mit einer 1-prozentigen Zunahme der Pensionen zu rechnen.

*Auch die Pensionen für Bundesbedienstete und LandeslehrerInnen erfordern heuer mehr Geld als 1988.

*Für die Arbeitslosenunterstützung einschließlich Notstandshilfe und Karenzurlaubsgeld sind 1989 17,5 Milliarden Schilling eingeplant. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von 4,2 Prozent. Da die Zahl der Arbeitslosen vermutlich stagniert bzw leicht rückläufig ist, die der Langzeitarbeitslosen aber deutlich zunimmt, werden zwar ungefähr gleich viel Mittel für die Arbeitslosenunterstützung benötigt wie im vergangenen Jahr, die Mittel für die Notstandshilfe nehmen aber weiter zu.

*Die Aufwendungen für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie Schulfahrtbeihilfen bleiben etwa gleich. Nicht nur die Familienbeihilfen, sondern auch die Aufwendungen für die Kriegsoferversorgung stagnieren aus demografischen Gründen.

Die Mittel für die Arbeitsmarktförderung wurden im Bundesvoranschlag 1989 auf 5,2 Milliarden erhöht. 1988 betrugen sie 4,9 Milliarden. Nach

derung wäre vor allem angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosenrate notwendig. Nicht zuletzt aber auch deshalb, weil die Arbeitslosigkeit eine der Hauptursachen des steigenden Finanzierungsbedarfs in der Pensionsversicherung ist: Hohe Arbeitslosigkeit - und damit eine geringere Beschäftigung - führt zu Mindereinnahmen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Gleichzeitig wird über steigende Frühpensionierungen die Ausgabenseite stark belastet.

Kritisiert wird aber auch, daß die durch die günstige Beschäftigungsentwicklung verursachten Überschüsse im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung, die sich 1988 in etwa auf 2,1 Milliarden Schilling belaufen, nicht der Arbeitsmarktförderung zugute kommen. Bekanntlich werden 1,2 Milliarden davon in die Pensionsversicherung umgeschichtet. der Rest fließt dem Reservefonds zu, der zur Vorbeugung für "härtere Zeiten" eingerichtet wurde. Für 1989 wird in diesem Topf mit Überschüssen von etwa 1,2 Milliarden Schilling gerechnet.

Quelle:
wifo-Monatsberichte 12/1988;
Arbeit&Wirtschaft 1/1989

Ausgaben für Soziale Wohlfahrt (in Mrd. Schilling)

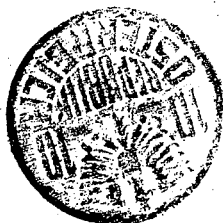
	Voranschlag 1988	Voranschlag 1989
Arbeitsamtverwaltung	28,0	30,0
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	6,4	6,5
Sozialversicherung	55,4	60,0
Familienlastenausgleichsfonds	39,5	39,5
Übrige Ausgaben	2,4	2,6
insgesamt	131,6	138,6

Transferausgaben

	Voranschlag 1989	Veränderung gegenüber 1988 in Prozent
Pensionen für		
Bundesbedienstete und Lehrer	48,0 Mrd.	+ 4,3 %
Zuschüsse Pensionsversicherung	60,8 Mrd.	+ 9,5 %
Familienbeihilfen	31,6 Mrd.	0,0 %
Arbeitslosenunterstützung	17,5 Mrd.	+ 4,2 %
Kriegsopferversorgung	6,0 Mrd.	0,0 %
Sonstige	10,7 Mrd.	0,0 %
insgesamt	174,6 Mrd.	+ 4,8 %

Ansicht von ExpertInnen aber ist diese Steigerung zu gering. Hinsichtlich der Arbeitsmarktförderung ist Österreich im internationalen Vergleich nämlich nach wie vor ein Nachzügler.

Eine höherdotierte Arbeitsmarktför-



Zu wenig Mittel für die Arbeitsmarktförderung

USA:

SCHWARZENAUFSTAND IN MIAMI

(taz, TATblatt)

Während in Prag Protest weggeknüpelt und weggespritzt wird, wird in Miami gezielt geschossen.

Während in Prag die Presse behindert wird, herrscht in bezug auf die Unruhen in Miami fast ausnahmslos Informationssperre.

In Overtown - einem vorwiegend von Schwarzen bewohnten Stadtteil in Miami - ist es Montag Abend (16.1.) zu schweren Auseinandersetzungen zwischen EinwohnerInnen und der Polizei gekommen.

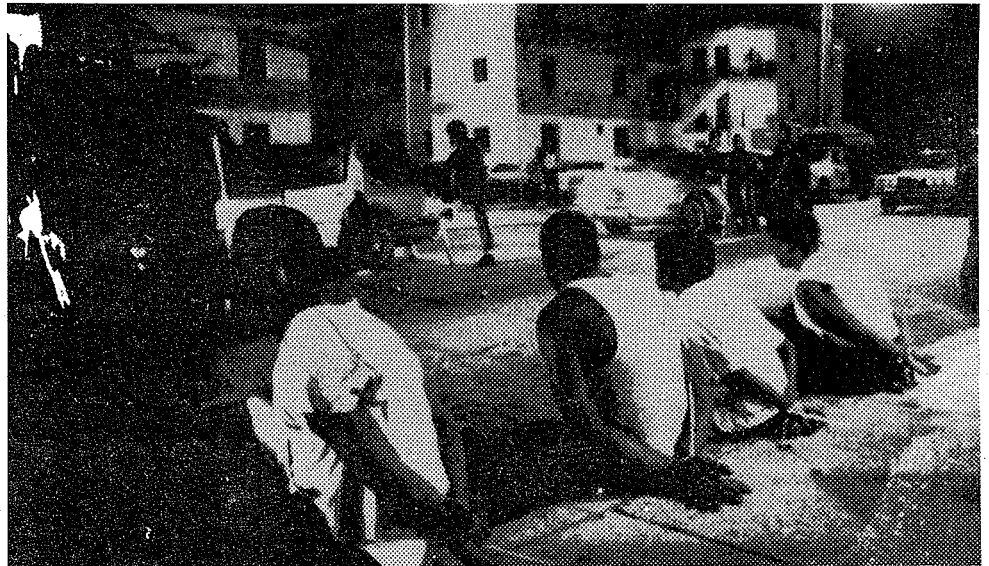
Ausgangspunkt war der Mord, den ein weißer Polizist an zwei Schwarzen, die unter Raubverdacht standen, begangen hatte. Er beendete einen vermeintlichen Fluchtversuch durch seinen Todeschuß auf den Fahrer des Motorrades. Am Tag darauf erlag auch der Mitfahrer seinen schweren Verletzungen, die er beim Aufprall des Motorrades auf ein parken-

des Auto erlitten hatte.

Durch diesen Mord kam es zu massiven Protesten der EinwohnerInnen. Beamte wurden attackiert, Autos brannten, und es kam zu massiven Plünderungen. Der Widerstand verstärkte sich, als ein Weißer aus einem vorbeifahrendem Luxuswagen auf eine Gruppe Schwarzer feuerte und dabei einen Mann anschoß.

Die Polizei versuchte durch Hausdurchsuchungen, Festnahmen (in der Nacht zum Mittwoch, den 18.1. waren es 230) und durch das Abriegeln von 130 Häuserblöcken, den Widerstand im Keim zu ersticken.

Bei Rassenunruhen waren in Miami 1982 Millionenschäden entstanden. 1980 wurden bei Krawallen 18 Menschen getötet und 400 verletzt.



BRD:

Paragraph 129a: Ein Jahr ohne Bewährung

(taz)

Hamburg: Der Physiklehrer Fritz Storim ist am 17.1. vom hanseatischen Oberlandesgericht wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" zu einem Jahr Haft verurteilt worden. Die Begründung des Staatsschutzsenats: Storim soll durch die Dokumentation zweier Redebeiträge einer Solidaritätsveranstaltung für die besetzten Häuser in der Hafenstraße in der Hamburger Infosammlung Sabot für die Ziele der Roten Armee Fraktion (RAF) geworben haben. Gleichzeitig verbot das Gericht dem 49jährigen für 3 Jahre, öffentliche Ämter zu bekleiden. In einem Nebenpunkt der Anklage, dem Abdruck einer Anklageschrift, verurteilten die Richter Storim außerdem zu einer Geldstrafe von DM 1.950.

In seiner Urteilsbegründung widersprach der Staatsschutzsenat der Auffassung der Deutschen Journalisten-Union, die das Verfahren als "eklatanten Eingriff in die Pressefreiheit" verurteilt hatte.

Der Vorsitzende Richter Kurt Bürrig: "Blätter, die die Revolution anstreben, dürfen nicht salonfähig gemacht werden. So weit geht die Pressefreiheit nicht." Für das Gericht ging es bei dem Schuldspruch auch nicht mehr um die Frage, ob Storim - wie in der Anklage behauptet - "maßgeblich an der Herstellung" von Sabot und dem Abdruck der inkriminierten Beiträge beteiligt war. Dem Gericht reichte aus, daß er aufgrund der Durchsuchungsfunde in seiner Wohnung (Nummern von Sabot

und Lay-out-Material) in der Einschätzung der Richter einem "Herstellungskollektiv" angehört haben muß. Bürrig: "Er war zwar nicht für das äußerliche Erscheinen unmittelbar verantwortlich, hat aber eine wesentliche Rolle beim Vertrieb des Heftes eingenommen."

Die Verteidigung kündigte gegen das Urteil Revision an. "Dieser Prozeß hat deutlich gemacht, worum es beim Paragraph 129a geht: Die Kriminalisierung der Hafenstraße und der Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen." Durch dieses "Gesinnungsurteil" solle erreicht werden, daß über "Themen der radikalen Linken nicht mehr geschrieben werden darf."

BRD und West-Berlin:

UNiWUT

(TATblatt/nn)

Am Montag, den 10. Jänner, ist in Westberlin der internationale UNiMUT-StudentInnenkongreß mit einem großen Aktionstag zu Ende gegangen. Er markiert einen vorläufigen Höhepunkt der Streikbewegung an den Universitäten. Wenn auch in manchen bundesdeutschen Städten die Streiks ausgesetzt worden sind, geht der Protest unvermindert weiter. An der B-Freien Universität Berlin (ehem. Freie Universität) und der Technischen Universität gehen die Streiks weiter. In manchen Universitäten, wie in Heidelberg, Münster oder München geht es jetzt nach langem Zögern erst los. Überall gibt es Vollversammlungen, um über die weitere Vorgangsweise zu diskutieren.

Weil es den Studierenden bisher nicht gelang, ihre Interessen in die Universität einzubringen, haben sie jetzt die Unis besetzt. Sie haben neue Diskussionsformen geschaffen, um über die eigene Situation, Studium und das Verhältnis zwischen Universität und Gesellschaft nachzudenken. Dabei stellte sich klar heraus, daß die StudentInnen nicht mehr bereit sind, die Zerstörung der Universitäten durch Verwertungsinteressen von Staat und Wirtschaft länger hinzunehmen. Nun versuchen sie, autonome Gegenstrukturen zur Universität zu bilden und den studentischen Widerstand aus den Unis hinauszutragen. Um zu versuchen, eine Zwischenbilanz zu ziehen und mit Studierenden anderer Universitäten zu reden, aber auch um weitere Perspektiven zu entwickeln, haben die West-Berliner StudentInnen einen internationalen Kongreß initiiert, der vom 6. bis 9. Jänner in West-Berlin an der B-Freien Universität und an der Technischen Uni-

versität stattfand.

So wurden die Forderungen nach Herstellung der Autonomie der Universitäten zum Zweck einer problemorientierten und konfliktbereiten Wissenschaft, losgelöst von Verwertungsinteressen der Wirtschaft und des Militärs diskutiert. Gefordert wird auch

die Unabhängigkeit universitärer Entscheidungsprozesse von politischen und wirtschaftlichen Interessensstrukturen. Hierfür müssen Voraussetzungen wie studentische Mitbestimmung in allen universitären Gremien mit mindestens Drittelparität, Quotierung für Frauen in Gremien und bei der Stellenbesetzung, mehr Geld für Forschung und Lehre und eine bessere soziale Absicherung des Studiums erfüllt werden. In West-Berlin wird außerdem noch der Rücktritt des FU-Präsidenten Heckelmann und des Wissenschaftssenators Turner gefordert. So richteten die StudentInnen in West-Berlin das Bert-Brecht-Institut für interdisziplinäres Forschung ein.

Der UNiMUT-Kongreß

Das alles mündete nun im großen UNiMUT-Kongreß ein, der unter dem Motto "Alternativen zur Fremdbestimmung" stand. Kernstück des Kongresses stellten die autonomen Seminare dar, die dem Prinzip der Selbstverwaltung folgten. So sollte jedeR ihre/seine Ideen einbringen, mit anderen diskutieren und eigene Perspektiven entwickeln. Der Auftakt zum Kongreß, zu dem über 7.000 StudentInnen gekommen waren, bildete eine Podiumsveranstaltung, in der über Universität und Gesellschaft gesprochen wurde. Am Nachmittag fanden dann die autonomen Seminare statt, von denen weit über 100 angeboten wurden.

Der zweite Tag wurde von der Diskussion um feministische Wissenschaft und Patriarchat geprägt, die für den Kongreß bestimmend sein sollte. In den darauf folgenden Frauen- bzw. Männerplena gab es kontroversielle Diskussionen, die die Schwierigkeit, vor allem der Männer, mit diesem Thema





EINLADUNG
zur Opernballdemo
Bringen wir die Verhältnisse
zum Tanzen



Alle Jahre wieder geben sich die Vertreter des internationalen staatlich organisierten Verbrechens auf dem Opernball ein Stelldichein. Die internationale Bande von Kapitalisten, Politikern, Spekulanten, Waffenschiebern, Militärs, Geldwäschern, Aufwandsentschädigungsbeziehern, Gewerkschaftsbözen und all ihre kleinen Handlanger, ohne deren treue Pflichterfüllung das schmutzige Geschäft von Ausbeutung und Unterdrückung gar nicht funktionieren könnte, reichen sich auch heuer die geschmierten Hände zum Tanz.

Angesichts der sozialen Verhältnisse in diesem Land empfinden immer mehr Menschen schon allein die freche Zurschaustellung des Luxus der herrschenden Klasse als Provokation - entspricht doch allein schon der Preis einer Flasche Sekt dem monatlichen Richtsatz für Sozialhilfe oder der Preis einer Loge mindestens dem Jahreseinkommen eines durchschnittlichen Facharbeiters.

Daß die Bande von Geldsäcken und Blutsaugern samt ihren internationalen Komplizen auf unsere Kosten fressen und saufen kann, ist lange noch nicht alles. Sehen wir uns doch einmal an, **w a s** die Herrschaften bei Champagner, Kaviar und Gänsestopfleber so ausgiebig feiern:

Sie stoßen an auf Österreich 1989, wo unter der Regie der großen Koalition der Umverteilungsprozeß von unten nach oben zügig voranschreitet. Er soll nicht nur durch wirtschaftliche Krisenerscheinungen gefährdete Profite sichern, sondern dem Land auch ein sozialpolitisches Reifezeugnis für den von Vranitzky, Mock und Kumpanen geplanten EG-Beitritt ausstellen. Einige Aspekte dieses Unterfangens:

* Rationalisierung in der Verstaatlichten und der Privatindustrie: Entlassungen von Tausenden, verschärfte Arbeitsnormen und Disziplinierung der verbliebenen ArbeiterInnen

* Verstärkter Einsatz neuer Technologien und Arbeitsformen (Teilzeit-, Leih- und Heimarbeit, KAPOVAZ, Job Sharing ...) als Rücknahme gewerkschaftlich erkämpfter Rechte und Aufsplitterung der Arbeiterklasse, um möglichen Widerstand von vornherein zu verunmöglichen (betrifft vor allem Handel und Büroarbeiten und somit vor allem Frauen)

* Rücknahme und Beschneidung sozialstaatlicher "Leistungen" und deren Reprivatisierung in den Bereichen Gesundheits- und Bildungswesen, Öffentliche Dienste (Zuweisung an Familie, "Privatinitiative", Privatwirtschaft). Das bedeutet: statt Sozialhilfe Arbeitszwang, statt

sozialem Wohnbau Delogierung und Wegsanieren, Kürzungen und Belastungen an allen Ecken und Enden ...

* Als Billiglohnland und - dank jahrzehntelanger sozialpartner-schaftlicher Disziplinierung - Hort des "sozialen Friedens", dient sich Österreich multinationalen Konzernen als Investitionsparadies an. Umgekehrt sichern sich Österreichs Kapitalisten durch Niederlassungen und Technologieexport (z.B. im waffentechnologischen Bereich) in der "3.Welt" und den Ländern des Ostens ihren kleinen, aber feinen Anteil am imperialistischen Kuchen.

* Staatlich sanktionierte "Ausländer-Raus"-Politik durch Verschärfung der Asylrechtsbestimmungen (zugleich mit Sonderrechten der Fremdenpolizei, der Kollaboration mit den Unterdrückungsapparaten totalitärer Regimes, der gnadenlosen Lohndrückerei bei Arbeitsemigranten ...)

Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Verelendung als Folge dieses wirtschafts- und sozialpolitischen Raubzuges betreffen schon lange nicht mehr nur die sogenannten Randschichten der Bevölkerung!

Zur Sicherung ihrer Herrschaft rüsten die Mächtigen verstärkt vor auf die sich abzeichnenden sozialen Kämpfe, ganz im Sinne des vorausseilenden Gehorsams gegenüber dem Europa der Konzerne und Bullen:

* Der Personalstand der Polizei ist in der Ära Blecha um 40 % gestiegen (allein die Staatspolizei beschäftigt über 700 Schnüffler), die technologische Aufrüstung schreitet fort (z.B. EDV)

* Antiterrorereinheiten wie Alarmabteilung oder EBT werden schon jetzt zur Bekämpfung sozialer Bewegungen eingesetzt (z.B. bei der Räumung der besetzten Häuser Aegidigasse/Spalowskygasse im Sommer 88)

* Regelmäßige Innenministerkonferenzen ("Wiener Klub"), bei denen Blecha eine maßgebliche Rolle spielt, sollen die Vereinheitlichung der Aufstandsbekämpfung auf gesamteuropäischer

Ebene perfektionieren. Schon jetzt ist Österreich ein regelmäßig kontaktiertes Land der TREVI-Gruppe (Sicherheitsforum der EG)

* Die Polizei agiert nach wie vor, wenn nicht im rechtsfreien Raum, so aufgrund von Gesetzen, die schon in der Monarchie und der 1. Republik zur Zerschlagung der politischen Opposition dienten (z.B.: menschenrechtswidriges Verwaltungsstrafrecht)

* Die Aufrüstung des Bundesheeres, in die Milliardenbeträge investiert werden, dient sowohl der Bekämpfung künftiger sozialer Unruhen als auch der Integration in das Verteidigungskonzept der NATO

Daß in einem solchen Klima sich die Repräsentanten verbrecherischer Regimes aus aller Welt pudelwohl fühlen, nimmt nicht wunder. Zu den illustren Gästen des Spektakels zählte man im Vorjahr z.B. König Hussein, den Schlächter des palästinensischen Volkes 1971. Statt Franz-Josef Strauß (heuer erstmals verhindert) wird sich sein Parteikomplize Innenminister Zimmermann als würdiger Vertreter des deutschen Wesens, an dem noch keiner genesen ist, aber schon viele verreckt sind, auf dem Schweinegelage eindenken.

Die Anti-Opernball-Demonstration, die heuer zum dritten Mal stattfinden wird, ist Gelegenheit für viele, ihren Protest gegen die herrschenden Zustände auszudrücken. Sie wurde im Vorjahr trotz eines Verbots von Polizeipräsident Bögl durchgeführt, und auch heuer werden wir uns das Recht auf die Straße nicht nehmen lassen.

BEREITEN WIR DEN HERRSCHAFTEN EINEN GEBÜHRENDEN EMPFANG!!!

Treffpunkt am 2.2.1989 um 19 Uhr am Schwarzenbergplatz





Sorgen
wir
dafür,
daß
dieses
Spektakel
nicht
reibungslos
über
die
Bühne
geht!!!!!!

Praktische Tips für
DemonstrantInnen:

Mitnehmen: Lichtbildausweis
(Ausländer: auf keinen Fall
Reisepaß, sondern z.B.
Führerschein etc.),
Gesichtsschutz gegen lästige
Photographen und Kameraleute
der Staatspolizei, Kleingeld
zum Telefonieren.

Zu Hause lassen: Adreß- und
Notizbücher.

Bei Festnahmen: Keine Aus-
sage, nichts unterschreiben.

Treffpunkt :
2.2. 19 Uhr
Schwarzenbergplatz



umzugehen, zeigten. Am Nachmittag wurden die autonomen Seminare fortgesetzt. Sonntags wurde über Alternativen zur Fremdbestimmung diskutiert, am Nachmittag gab es wieder Seminare, die am Abend mit großen Abschlußplena beendet wurden. Natürlich gehört zu einem selbstbestimmten Kongreß auch ein selbstbestimmtes Kulturprogramm, Spaß und Feiern kam nicht zu kurz.

Der letzte Kongreßtag wurde von Aktionen an den einzelnen Fachbereichen bestimmt. So wurden diverse Institute der Medizin, die von der Polizei geräumt wurden, um das Abhalten von Praktika unter Polizeischutz zu ermöglichen, von den MedizinerInnen, die am Vortag in einer Vollversammlung mehrheitlich beschlossen hatten, weiter zu streiken, blockiert. Dabei kam es zu größeren Ausschreitungen von Seiten der Polizei. Die StudentInnen wurden naßgespritzt und verprügelt, ein Student wurde von einem Polizeiwagen überfahren und schwer verletzt. Die PublizistInnen und Thea-

terwissenschaftlerInnen, die auch die Video-Zeitung machten, besetzten den Funkturm, ein Wahrzeichen Berlins, und entrollten ein großes Transparent.

In den drei Tagen hatten die StudentInnen viel gelernt. Vor allem im Gespräch mit ausländischen KollegInnen stellte sich heraus, daß in ganz Europa Angriffe auf die Autonomie der Universitäten stattfinden und alle von den gleichen Problemen betroffen sind. Dabei spielen die Pläne der Europäischen Gemeinschaft zur Universitätsreform eine ausschlaggebende Rolle. Am Ende dieser Entwicklung steht die Elite-Uni, in der nur mehr wenige Privilegierte studieren können. Es wurde allen klar, daß der Kontakt mit anderen sozialen Bewegungen gesucht werden muß, um sich wirkungsvoll zu wehren. Entscheidend war auch die Diskussion um Patriarchat und feministische Wissenschaft. Noch nie zuvor hatten sich die Frauen so massiv in die Uni eingebracht wie diesmal.

StudentInnenprotest in den Niederlanden

(ANNA)

Auch in den Niederlanden protestieren die Studierenden gegen Verunsicherung und Existenzangst. Themen des Protestes sind die Studienfinanzierung und das sogenannte Harmonisierungsgesetz. Das Harmonisierungsgesetz begrenzt die Studiendauer auf vier Jahre. FachhochschulstudentInnen, die länger als drei Jahre für ihren Abschluß gebraucht haben, werden überhaupt nicht mehr an der Universität zugelassen.

Viele Studierende mußten ihre Wohnungen am Universitätsort aufgeben und pendeln mit den Zügen vom Elternhaus zur Universität.

Die äußeren Bedingungen für die akademische Ausbildung sind mittlerweile katastrophal, wissenschaftliche Neugierde, Kritikfähigkeit und Kreativität sind auf der Strecke geblieben. "Hier wird eine Generation von StudentInnen herangezogen, deren Bil-

dungsstand zum ersten Mal in der Geschichte auf niedrigerem Niveau sein wird als der der vorhergegangenen," so der Vorsitzende des StudentInnengewerkschafts-Dachverbandes.

Die Politiker in Den Haag ignorieren die Entwicklung an den Universitäten, die Proteste der Studierenden werden schärfer: Während der studentischen Aktionswoche im November 1988 wurde der Bildungsminister Deetman mehrere Stunden im Königlichen Dam-Palast festgehalten und mußte erst von Sondereinheiten der Amsterdamer Polizei freigekämpft werden. Eine Woche später bekam er in Maastricht einen Fußtritt, StudentInnen verhinderten seine Flucht, indem sie sich vor sein Auto legten. Seitdem wurde er in der Öffentlichkeit nicht mehr gesehen.



Urwaldsterben
Wo Bäume fallen können Kinder werden. Wo Bäume
fallen kann Soja für die Rindermast angebaut werden.
So stirbt das tropische Lateinamerika für unseren Fleisch-
verzehr. 140 McDonald's Hamburger pro Sekunde

**Probeexemplar
anfordern!**

EPN

DAS DRITTE WELT-MAGAZIN

Abonnement der EPN zum Jahrespreis von

öS 320.- (Ausland öS 370.-)

öS 200.- (ermäßigt, Begründung beilegen)

Einsenden an ÖIE Tuchlauben 8/6/16

1010 Wien

Frankreich: Superphenix ans Netz

(Tatblatt:grrr)

Der französische Schnelle Brüter Superphenix in Malville, unweit der Städte Lyon, Grenoble und Genf macht Frankreich seit seiner Inbetriebnahme mehr Sorgen als Energie. Am Samstag, den 14. Jänner ging das Prestigeobjekt der französischen Atompolitik wieder ans Netz.

Grundlage für die Entscheidung des Pariser Energieministeriums, den Schnellen Brüter probeweise mit einer Leistung von etwa 20 bis 30 MWe (ca 3% des Gesamtleistungsvermögens) wieder in Betrieb zu nehmen, bildete das Gutachten einer französisch-schweizerischen ExpertInnenkommission vom vergangenen November. Diese war der schweizerischen Regierung nach den anhaltenden Protesten vor allem im Schweizer Grenzland zugestanden, nach Meinung der AKW-GegnerInnen jedoch von beiden Ländern äußerst atomfreundlich beschickt worden.

Verschiedene Umwelt- und Anti-Atom-Organisationen aus beiden Ländern, darunter der WWF Schweiz, die französischen Grünen, Appelle Genève und Contre Atome erhoben beim zuständigen Amtsgericht in Grenoble Klage gegen die Wiederinbetriebnahme. Aufgrund der französischen Gesetze hat diese jedoch keine

aufschiebende Wirkung. Die KlägerInnen bezogen sich dabei auf eine Studie des Bundesdeutschen Atomexperten Benecke, Verfasser einer Studie über den Schnellen Brüter in Kalkar. Vom Gericht wurde ein weiterer Experte ernannt, dessen Gutachten allerdings noch nicht fertig ist. Nach der Fertigstellung wird entschieden werden, ob der reaktor auf volle Leistung "hochgefahren" wird oder nicht.

Eines der wichtigsten Argumente bei diesem Prozeß war die Tatsache, daß ein Teil der Kühlanlage ausgetauscht werden wird. Das würde nach Meinung der gegnerInnen eine vollkommen neue Bewilligung verlangen. Ein Kühlgefäßsystem, durch das die Brennelemente in ausgefahrenem Zustand, etwa bei der Auswechslung, aber vor allem auch bei größeren Pannen, gekühlt werden, soll von Natrium- auf Argon-Kühlung umgestellt werden. Risse in diesem Kühlgefäß, das aus normalem Stahl besteht, hatten zur Abschaltung geführt. Aufgrund des vor zwei Wochen begonnenen Probetriebs muß diese Arbeit sozusagen "bei laufendem Kraftwerk" erfolgen. Dadurch wird unter anderem die Ausfuhr der Brennelemente unmöglich.

Letzten Samstag (leider erst nach Redaktionsschluß) fand in der französischen Grenzstadt Annemasse eine erste größere Demonstration gegen die Wiederinbetriebnahme des Schnellen Brüters statt, die in erster Linie von Genfer Anti-Atom-Gruppen organisiert wurde. Die Schweizer AtomgegnerInnen stehen allerdings vor dem gleichen Problem wie ihre österreichischen KollegInnen in Wackersdorf: Zwischen ihnen und dem Demonstrationsort befindet sich eine Grenze. Und schon einmal, Ende November letzten Jahres war eben jene versperrt. Eine größere Gruppe Schweizer AKW-GegnerInnen wurde von einem massiven Aufgebot der französischen Polizei an der Einreise gehindert.

Das zweite Problem war die äußerst kurze Vorbereitungszeit von nicht einmal zwei Wochen. Schon deshalb rechneten die VeranstalterInnen nicht mit einer hohen TeilnehmerInnenzahl. Eine schweizerisch-französische Großdemonstration ist für den 26. Februar in Lyon geplant, für die einen Monat lang massiv mobilisiert werden kann. Der Erfolg dieser Demo wird für den weiteren Widerstand gegen den Schnellen Brüter von Malville entscheidend sein.

phoenix
p r e s s e a g e n t u r

Sind Sie **politisch** aktiv?
Arbeiten Sie in **ökologisch** orientierten Instituten?
Oder sind Sie in Bürgerinitiativen **engagiert**?

Dann wissen Sie, welche Bedeutung die Medien bei der Aufklärung der Bevölkerung haben, bzw. haben könnten.

Hier hakt phoenix ein. Sie ist die Verbindung zwischen alternativem Wissen und einer breiteren Öffentlichkeit. Wir sammeln Presseaussendungen, Zeitschriften, Studien, Veranstaltungstermine und

Aktionsberichte aus dem deutschen Sprachraum und bereiten sie mediengerecht auf.

Wir senden diese Nachrichten täglich an JournalistInnen, Zeitungs- & Funk-Redaktionen und an politisch interessierte Institutionen. Nach Wunsch per Telex, Telefax, Post, Mailbox oder auf Diskette.

Ideenbeirat: Univ. Doz. Dipl. Ing. Hans-Peter Aubauer, Physiker, Uni Wien • Dr. Klaus Bosseimann, Umweltjurist, Berlin • Prof. Dr. Robert Jungk, Zukunftsforscher, Salzburg • Prof. Dr. Armin Weiss, Chemiker, Uni München

Und monatlich veröffentlicht phoenix presseagentur eine Sammlung aller im Vormonat verschickten Meldungen (für „Informanten“ gratis).

Entstehen bei Ihnen Nachrichten, nach denen sich Medien die Finger abschlecken?

Sind Sie selbst interessiert, laufend und aktuell informiert zu werden?

Dann schicken Sie uns bitte eine Postkarte, ein Telex, Fax, einen Brief - oder rufen Sie kurz an. Wir senden Ihnen gerne näheres Informationsmaterial - über phoenix presseagentur, über die Möglichkeiten des Nachrichtenaustausches und unsere Abo-Gebühren.

phoenix presseagentur
Frechinger & Glattauer G.m.b.H.
Langackergasse 29 • A-1190 Wien
Tel.: 0222/32-68-10, 32-68-565
Fax: 0222/32-68-56 • Tlx: 75310220phxa • Mailbox: 0222 / 43-37-78

Schweiz: Saubere Geschäfte

(ANNA)

Die Kreuz- und Querverbindungen zwischen internationalem Waffen- und Drogenhandel beunruhigen die Schweizer Bankiers und Politiker. Nicht das Vorhandensein, sondern die Aufdeckung.

Contras in Nicaragua läuft. Die Ermittlungen der Schweizer Behörden laufen angeblich auf Hochtouren, ob sie zu Ergebnissen kommen werden, ist sehr zweifelhaft. Hans W. Kopp ist

nicht nur Ehemann der jetzt ehemaligen Justizministerin, sondern auch der Spezialist für psychologische Abwehr der Schweizer Armee und ehemaliger Chef des Schweizer Geheimdienstes.

Zwei Betriebsunfälle bei Sandoz

Die Schweizer Justizministerin Elizabeth Kopp mußte zurücktreten. Sie hatte ihren Ehemann von laufenden Ermittlungen verständigt, die gegen seine Firma geführt wurden. Die Shakarchi-AG, dessen Vizepräsident er war, hatte Milliardenbeträge aus Drogengeschäften in saubere Franken umgetauscht und angelegt. Nun wurde bekannt, daß über diese saubere Firma auch die Waffengeschäfte mit dem Iran sowie der Nachschub für die

(Neue Zürcher Zeitung;gr)

Bei einem Unfall im Werk Muttens des Schweizer Chemiekonzerns Sandoz AG sind in der ersten Jännerwoche etwa 1,2kg Schwefelwasserstoff entwichen. Der Schwefelwasserstoff ist Nebenprodukt bei der Herstellung eines Schädlingsbekämpfungsmittels und sei, so die Firma, "durch eine Verkettung unglücklicher Umstände" in den Produktionsraum und anschließend ins Freie ausgetreten. Ein Mitarbeiter wurde dabei verletzt. (Sein Ge-

sundheitszustand wurde von Sandoz als "sehr befriedigend" bezeichnet.)

Am 10. Jänner barst im Werk Schweizerhalle bei Basel eine Abluftleitung, Teil einer Reinigungsanlage zur Absorption von Salzsäure, infolge Überdruckes. Nach Angaben der Kantonspolizei Baselbiet sei dabei eine "unbedeutende Menge an Salzsäuregas ins Freie gelangt". Mensch und Umwelt seien jedoch nicht gefährdet gewesen.

BRD:

Memorandum gegen die weitere Zerstörung des Regenwaldes

(phönix)

73 bundesdeutsche Naturschutz- und Menschenrechtsverbände sowie entwicklungspolitische und kirchliche Gruppen präsentierten vergangene Woche in Bonn ein Memorandum zur Erhaltung des tropischen Regenwaldes. Dieses beschreibt die Mitverantwortung der BRD für die Vernichtung der Tropenwälder und ihrer BewohnerInnen. Gleichzeitig fordern die Organisationen in einem 7-Punkte Grundsatzprogramm die Bundesregierung zu gezielten Maßnahmen gegen diesen Raubbau auf. Der Bundestag beriet am 20. Jänner über den "Schutz tropischer Regenwälder".

Bereits heute sind mehr als die Hälfte der ursprünglichen Regenwälder vernichtet. Die Ursachen dafür sind unterschiedlich: Einerseits ist das Tro-

penholz eine begehrte Handelsware, für die in den westlichen Industriestaaten große Nachfrage herrscht. Andererseits dienen diese Exporte den meist hoch verschuldeten Ländern als wichtige Devisenquelle für ihre Auslandsschulden. Auch für landwirtschaftliche Großprojekte wurden - mit den Investitionen bundesdeutscher Konzerne - Waldflächen in der Größe von Kleinstaaten gerodet, so das Memorandum. Aufgrund der ökologischen Besonderheiten dieser Regionen, der Bodenbeschaffenheit und des kleinklimatischen Geschehens in Regenwaldgebieten, können diese Farmen oft nur wenige Jahre genutzt werden - weitere Rodungen sind die Folge. Verantwortlich für die Vernichtung der Wälder durch die Landwirtschaft sind nicht zuletzt die steigenden Futtermittelimporte der Indu-

strieländer. "Während nach Schätzungen der FAO etwa 30 Millionen BrasilianerInnen hungern müssen, werden Millionen Tonnen Soja als Futtermittel in die Viehmasthochburgen im Norden der BRD exportiert, mit denen hier überschüssige Fleisch- und Milchprodukte finanziert werden", heißt es im Memorandum.

Ein weiteres Problem stellen Projekte zur Gewinnung von elektrischem Strom und Bodenschätzen in den Waldgebieten dar. Derartige Projekte sind für die meisten Entwicklungsländer praktisch nur durch Entwicklungskredite, etwa der Weltbank, der Europäischen Gemeinschaft und grosser Banken, realisierbar. Nicht selten werden durch derartige Projekte die sogenannten UrbewohnerInnen aus ihren angestammten Gebieten vertrie-

ben. Als Beispiel nennt das Memorandum das Eisenerzprojekt "Grande Carajas" - trotz weltweiten Einspruchs hatten dafür die Weltbank, die EG, die bundesdeutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau und einige Banken der BRD Kredite gewährt.

Die 73 Organisationen fordern nun von der Regierung der BRD den Erlass eines verbindlichen Grundsatzdekretes. Dieses soll als Maxime die Unantastbarkeit der langfristigen Überlebensrechte der traditionellen BewohnerInnen, den absoluten Schutz der verbliebenen Primärwälder vor jeglichen menschlichen Eingriffen sowie ein Importverbot für sämtliche regenwaldzerstörende Güter beinhalten. Diese Maximen sollten die Grundlage für die bi- und multilaterale Entwicklungspolitik und damit verbundene Förderungsrichtlinien der BRD bilden.

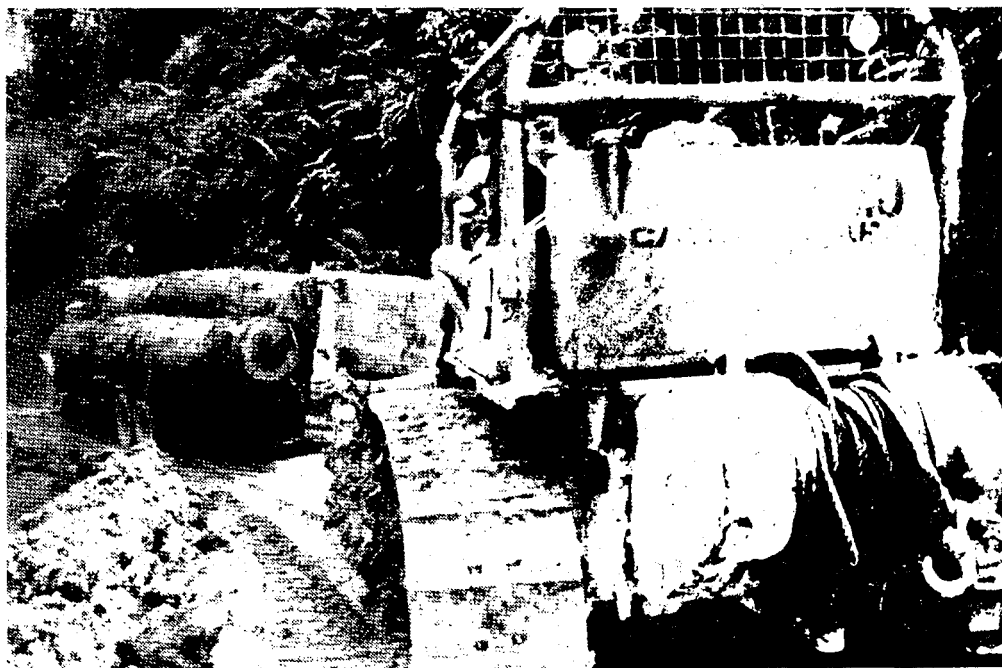
Zur Überwachung dieser Grundsätze bei Entwicklungsvorhaben müßte ein unabhängiges Gutachtergremium, bestehend aus VertreterInnen der Land- und Forstwirtschaft, des Naturschutzes und von Ethnologen/Soziologen

eingesetzt werden. Zusätzlich sollten Sachverständige sowie VertreterInnen örtlicher Organisationen und Stammesgruppen zu den jeweiligen Beratungen hinzugezogen werden.

Weiters wird die Regierung der BRD aufgefordert, sofort die Finanzierung für sogenannte "ökologisch destruktive" Projekte einzustellen. Dort, wo die Rückzahlung von Schulden und Zinsen offensichtliche Ursache der Zerstörung sind, soll sich die BRD "über ihren gesamten Einflussbereich für eine sofortige Schuldenstreichung einsetzen", heißt es in den Grundsatzforderungen. So wird die Regierung

auch aufgefordert, sich bei den Vereinten Nationen mit einem Dringlichkeitsantrag "für die Vereinbarung effektiver und kooperativer Strategien zum Schutz der verbliebenen tropischen Regenwälder" einzusetzen.

Maßgeblich verantwortlich für das Zustandekommen des Memorandums waren die "Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz" (ARA) in Bielefeld und das "Institut für Ökologie und angewandte Ethnologie" (infoe) in Mönchengladbach. Auch in der Schweiz ist, so ein Vertreter der infoe, ein ähnliches Memorandum geplant.



...brutal dem Profit geopfert.

Palästina: Neue Geschosse Israels

(ANNA)

Der Dezember 1988 war mit 31 Toten und über 400 Verletzten der härteste Monat in den israelisch besetzten Gebieten seit Beginn des Aufstandes der PalästinenserInnen. Ein Abgeordneter der Bürgerrechtspartei führt die hohe Zahl der Opfer auf Plastikgeschosse zurück, die seit August 1988 von der Armee gegen DemonstrantInnen

eingesetzt werden. Die Patronen bestehen nur zu 10% aus Plastik, die Kugel setzt sich aus 70% Zink und 20% Glas zusammen. Die Verwendung von weniger tödlichen Geschossen hat auch die Schwelle zum Einsatz scharfer Munition herabgesetzt. Viele der Verletzten suchen aus Angst vor Verhaftungen keine Krankenhäuser auf.

19.1.89

Israelische SoldatInnen setzen neuartige Geschosse ein. Diese sind kugelförmig, murmelgroß mit einer dünnen Gummischicht über einem Stahlkern. Arabische Ärzte berichten über 4 tote Jugendliche in den letzten 5 Tagen. Alle Opfer waren in den Kopf geschossen worden.

stephan eibel



"wiewohl er (stephan eibel) der größte Dichter überhaupt sein soll, wie er sagt."

so stand es im letzten TATblatt (Seite 19) und es störte mich.

1.) ist es so überhaupt nicht meine denkweise!

ich glaube nicht an den grössten, den besten, den

schlechtesten, den superlativ.

ich bin sehr gegen dieses denken!

diese art von denken ist für mich die katastrophe, in der

ich lebe.

deshalb bin ich ja gegen diese art von leben, weil diese art des denkens, das eine kulturelle ursache hat, deren ergebnis allein oder beinahe allein die vernichtung von allen ist. einerseits die vernichtung durch die selbstverständliche akzeptanz des todes und andererseits die schnelle vernichtung von menschen, die die vorstellung eines anderen lebens haben und die forderung stellen, dieses leben auch hier und jetzt zu leben.

die entwicklung der atombombe wie der vernichtungswaffen oder der förderung eines brutalen existenzkampfes (selektion) fusst nicht allein im horizontalen hierarchiedenken; d.h. chef- chefstellvertreter-angestellter-arbeiter-usw., sondern auch im "größten-großen-kleinen-kleinsten" denken. eine andere wirklichkeit

heisst für mich auch ein anderes denken. ein denken, dass nicht auf dieses brutale konkurrenzdenken baut, dass allerdings auch nicht die eigene produkthaftigkeit verleugnen soll!

produkthaftigkeit heisst, dass wir alle in diesem system aufgewachsen sind und somit verschiedene verhaltensweisen erlernt haben, die uns als produkte herumwandeln lässt. deshalb bin ich für eine neuerschaffung des menschen, wobei die anschaffer weggeschafft werden müssen, damit die gelegenheit für jeden einzelnen besteht, sich so zu erschaffen, wie er sich erschaffen will.

es ist auch nicht so, dass das leben der anschaffer selbst ein leichtes wäre. erst vor kurzem wurde ein anschaffer (ein minister) weggeschafft, der sicherlich früher vielen menschen einen gefängnisarrest verschafft hat und jetzt mit sich einiges zu schaffen hat.

klar muss sein, auf welche seite mann oder frau sich stellt.

wer dafür ist, dass es obdachlose gibt, steht nicht auf meiner seite.

wer dafür ist, dass es dieses brutale ausleseprinzip gibt, steht nicht auf meiner seite.

wer dafür ist, dass einige menschen über andere macht ausüben können, steht nicht auf meiner seite.

mir geht es nicht um eine schlichte op-

position dem staat gegenüber, sondern um eine grundsätzliche änderung des kulturellen denkens.

und diese grundsätzliche änderung heisst natürlich die abschaffung jeglicher macht.

ich kann hier nicht alle punkte, dieser meiner seite anführen, aber ich schreibe ja viel, um diese denkweise in einer differenzierten art verständlich zu machen.

eine rede, die ich am karlsplatz beim solidaritätsfest für obdachlose und arbeitslose gehalten habe, soll nicht nur ein versuch sein, dieses mein denken zu zeigen, sondern mich auch vorstellen. ich war sofort bereit für dieses fest meine solidarität dadurch zu bezeugen, dass ich lese, meine texte, romane, oder sonst was lese, was in buchform oder als theaterstück veröffentlicht wurde.

ich finde aber, dass meine texte, texte fürs bett sind. also texte, die man/frau im bett lesen kann. natürlich auch im sessel, im kaffeehaus. ich lese meine texte am liebsten im bett. überhaupt lese ich am liebsten im bett.

ich habe somit texte geschrieben, die ein bett zur voraussetzung haben. die ein zimmer das abgeschlossen werden kann zur voraussetzung haben. die ein eigenes zimmer als voraussetzung haben. die ein eigenes zimmer zur voraussetzung haben. dabei muß das zimmer nicht unbedingt ein eigenes

zimmer (ein eigentumszimmer) sein. es genügt ein untermietzimmer.

ich bin nach wien gekommen und habe ein untermietzimmer gehabt. oft habe ich nicht heizen können, was mich damals (ca 1972) nicht sonderlich gestört hat, weil ich mich ins bett legen konnte. ich deckte mich mit den decken zu und lernte. ich besuchte eine maturaschule und hatte ein klares ziel. das klare ziel war die matura zu machen. später wollte ich studieren und heiraten. eine frau, vesna, war meine vesna und ich schrieb ihr viele briefe und viele briefe bekam ich von ihr. ich lebte ein leben für später. hungerte, hatte wenig geld, arbeitete nach der schule hin und wieder, um das schulgeld und die untermiete bezahlen zu können und das sehr wenig, um nicht viel arbeiten zu müssen.

heute, 16 jahre später warte ich immer noch auf das leben. ich habe studiert. das ist lange vorbei und habe eine frau

geheiratet. auch das ist lange vorbei. ich habe kein ziel mehr. lange zeit habe ich damit verbracht, um die ziele, die normalen ziele, die mir verschiedene leute, lehrer, eltern, fernsehen, radio, zeitungen vermittelten, nicht als meine ziele zu erkennen. das verliebtsein in die frau (renate), die mich geheiratet hat, hat mir sehr viel erleichtert. er hat mir das ziel erfüllt, zufrieden zu sein. freude zu spüren. zu lachen.

mit dieser faru wohne ich noch heute in einer wohnung. ich wohne also, darf wohnen.

die mieten sind monatlich zu bezahlen. viel kraft brauche ich, um die mieten zahlen zu können. viel kraft brauche ich, um das gas, den strom, das telefon zahlen zu können. ich brauche

soviel kraft, dass ich auf das leben vergessen habe.

sicherlich habe ich in meiner bettliteratur viel über die unterdrückung, über ungerechtigkeiten, über die bösen geschrieben und habe viel über das beschissene leben geschrieben, das noch viel beschissener ist, wenn man/frau unten ist. "unten". ein ausgestossener, ein arbeitsloser, ein obdachloser, ein arbeiter, ein lehrling oder ein drogenabhängiger. ich habe viel durch dieses schreiben geholfen und dieses helfen hat mir gut getan. mein helfen. dadurch habe ich mich auch als "abseits", als "weltentfernt" verstanden. dadurch habe ich "mich" von mir abgeleitet. von meinem leben, von meinem wissen über mein einziges leben.

so wie es für viele normal ist täglich mittags und abends zu essen, so war und ist es für mich normal für unterdrückte zu sein.

und jetzt schreibe ich einen text, den

keinen einzigen menschen, der in der situation ist wie ich. ich kenne einige schriftsteller und schriftstellerinnen, die mit mir gemeinsam verschiedene probleme haben. mit mir aber habe ich jetzt fast 35 jahre zusammengelebt. und ich bin mir fremder geworden.

mir war immer wichtig mich kontrollieren zu können. mich zwar nicht normal, aber so zu verhalten, dass ich nicht sofort ausgeschlossen werde, nicht sofort in ein gefängnis, in ein krankenhaus, in ein sonderkrankenhaus komme.

gerhard maurer hat mir von einer gruppe erzählt, die arbeitslosen hilft, die obdachlosen hilft und dass ihm verschiedene politiker gesagt haben, dass es obdachlose in wien nicht gibt.

ich habe immer wieder versucht die politiker, verschiedene politiker zu überzeugen, dass sie verantwortlich sind, für viel leid, schmerz und krankheit, die leute durch sie erleiden.

heute möchte ich nicht mehr mit politikern sprechen. ich spreche überhaupt "mehr" und "mehr" ungern. ich habe immer weniger zu sagen. was ich euch zu sagen habe ist, dass es toll ist, wenn einem jemand anderer hilft.

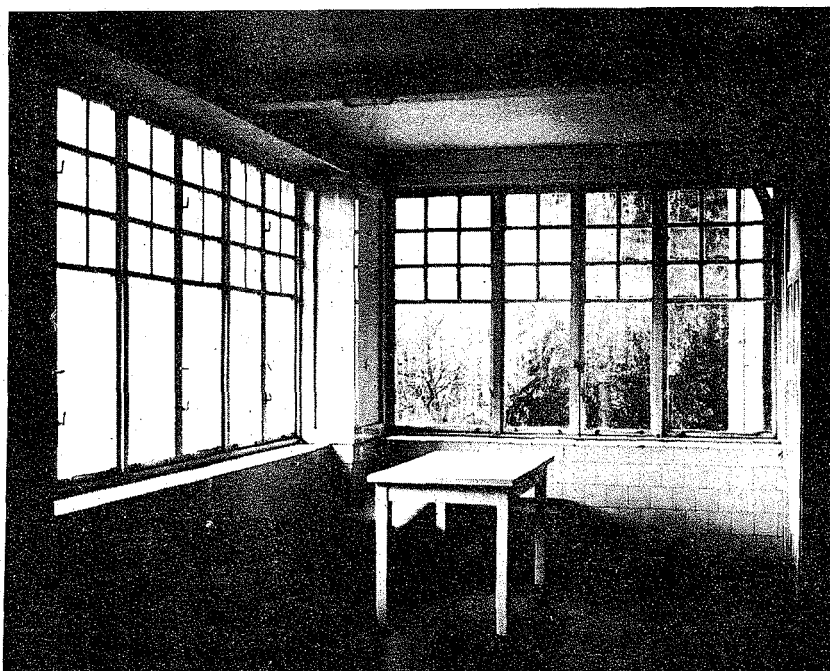
wenn man/frau nicht völlig allein ist.

ich kann euch sagen, dass ich gegen den tod bin. ich bin für das leben. ich mag nicht, dass ich sterben soll. ich will nicht sterben.

ich habe hier nichts zu verlieren, so wie ich auch an anderen orten nichts zu verlieren habe. ich traue mich heute mehr zu sagen, anderen zu sagen, als ich mich noch vor fünf oder sechs

jahren zu sagen getraut habe. wir haben alle nichts zu verlieren!

wir sollten uns mehr trauen, wir sollten uns alles trauen!"



ich hier vorlese und ich habe angst nicht die richtige sprache zu finden, so dass sie mich verstehen können. ich bin mir nicht sicher, ob ich hier überhaupt etwas sagen soll, ob es für mich überhaupt möglich ist, ihnen etwas mitteilen zu können. sie sind in einer anderen situation als ich. ich kenne

Die folgenden Thesen stammen aus einem "Prospekt Tageszeitung", welches im Zuge der Vorbereitungsarbeiten zur Gründung der bundesdeutschen "tageszeitung" (taz) von einer Frankfurter Projektgruppe ausgearbeitet worden ist. Die Thesen ähneln in weiten Teilen unserem alten Zweitageszeitungs-Konzept. Die Unzufriedenheiten mit der heutigen taz sollen nicht davon

abhalten, sich mit den Thesen auseinanderzusetzen, wozu als erster Schritt deren Veröffentlichung dienen soll. Interessant ist vielleicht noch zu erwähnen, daß die Frankfurter Gruppe im Zuge der fortschreitenden Konkretisierung der Zeitung gewissermassen abgesagelt (abgesägt) wurde, und die Realos & Realas die Oberhand gewannen.

Thesen

1.) "Objektivität" - Nein Danke

Die Tageszeitung soll kein Meinungsblatt werden, das jeden Morgen die Lektüre eines bürgerlichen Nachrichtenblattes einen linksradikalen Kommentar zum Zeitgeschehen zur Seite stellt. Der Anspruch ist vielmehr, ein umfassendes Nachrichtenblatt zu machen, in dem außer den in bürgerlichen Zeitungen üblichen Nachrichten und Informationen auch solche stehen, die gewöhnlich unterdrückt oder verfälscht werden. Ob das Lesen der bürgerlichen Zeitungen sich damit erübrigen wird, hängt von der Quantität und Qualität der Berichterstattung ab.

Das Niveau dieser Blätter sprengen wird die Tageszeitung in punkto Kommentare und Kritiken, Basisberichte, Reportagen und Hintergrundberichte, sowie in der Wertung und Gewichtung von Informationen. Da liegt unsere Stärke, die umso größer sein wird, je mehr wir uns aus den Bindungen und Zwängen lösen können, die die bürgerliche Presse immer wieder zu Manipulation und Informationsverzerrung zwingen.

Ereignisse werden in den Massenmedien nach oftmals banalen Mechanismen zu Meldungen verarbeitet: je nach politischer Interessenslage, der jeweiligen gesellschaftlichen Orientierung, kommerziellen Gesichtspunkten, redaktioneller Routine usw. mit dem dies verschleiernenden Nimbus, von "Sorgfaltspflicht" und "Objektivität" ist zumeist nicht viel mehr gemeint, als das kritiklose Übernehmen vorgefertigter dpa-Nachrichten, deren Objektivität eine zumindest zweifelhaft ist.

Die "objektive Nachricht" als solche gibt es ohnehin nicht, da in jede Berichterstattung immer noch da subjektive Interesse des Berichtenden mitgeht.

2.) Kein Linienblatt Offenheit gegenüber Kontroversen

Es wird eine autonome, linke Tageszeitung werden, die jedoch nicht als Linienblatt die politische Propaganda für eine bestimmte linke Organisation oder Partei oder die "Sponti-Bewegung" übernehmen wird. Sie soll offen sein für Kontroversen, Widersprüche, Debatten. Dabei wird es natürlich auch Grenzen geben; einer dieser Grenzen ist zB, daß die Zeitung keiner dogmatischen Weltanschauung die Gestaltung des Nachrichtenteils überlassen wird.

Die Zeitung soll nicht das Informationsblatt des linken Ghettos werden, sondern soll alle die ansprechen, die sich in den etablierten Tageszeitungen nicht wiederfinden. Die Probleme, Wünsche und Auseinandersetzungen, die sich auf der Ebene des Alltagslebens entwickeln, bei der Arbeit, in den Stadtteilen, auf den Dörfern, sind nicht vernachlässigbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Geschehens neben den "eentlichen" Ereignissen, sondern machen erst das wirkliche Leben der vielen aus. Auf dieser Ebene, auf die vielen "kleinen" Ereignisse, Wünsche und Probleme will sich die Tageszeitung im besonderen beziehen.

Das Spektrum der Zeitung wird und soll breiter sein, als es den Vorstellungen

gen irgendeines/r Lesers/in oder Mitarbeiters/in persönlich entspricht.

Eine der Aufgaben der Zeitung sehen wir darin, Kontroversen und Debatten nicht nur zu führen, sondern auch selbst einzuleiten. Provokative Stellungnahmen, harte Kritik, sowie aufdeckende Recherchen (Enthüllungsjournalismus) werden Brisanz und Lebendigkeit der Tageszeitung ausmachen.

3.) Quellen und Ecken angeben

Die Tageszeitung nimmt die Erfahrungen der Alternativ-Presse und besonders des "Informationsdienstes zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten" (ID) auf, daß Betroffene selbst zu Wort und Bild kommen. Die Artikel sollen nicht ausschließlich von festen RedaktörInnen und professionellen SchreiberInnen erstellt werden, sondern es wird auch "Betroffenenberichte" im redaktionellen Teil geben (eine Seite LeserInnenbriefe sowieso). Wir gehen davon aus, daß die festen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Zeitung zu einem wesentlichen Teil die Aufgabe übernehmen, den Kontakt mit zahlreichen KorrespondentInnen und autonomen Gruppen aufrechtzuerhalten bzw herzustellen.

Der Fetisch Objektivität muß meist gerade dann herhalten, wenn politisch unangenehme Ansichten und Informationen totgeschlagen werden sollen. Wir verstehen journalistische Sorgfaltspflicht in der Weise, daß alle - auch subjektiv verfälschte - Nachrichten und sogar bewußt in die Welt gestetzte Gerüchte einen Wahrheitsgehalt mit sich tragen; der aber nur dann

zur Geltung kommen kann, wenn dem Leser / der Leserin die genaue Quelle und die Ecke, aus der die Nachricht kommt, nicht vorenthalten wird, damit er/sie nicht zwischen den Zeilen suchen muß, um sich seinen Reim zu machen.

Auch als Instrument der "Bewegung", auch als Trägerin von Betroffenenberichten soll die Zeitung nicht einfach in Selbstdarstellungen aufgehen. Zur Bewegung gehört auch, was ihr fehlt. Dazu gehört auch eine bestimmte Art von journalistischem Professionalismus, den wir nicht einfach als selbstverständlich voraussetzen können, sondern den wir zumeist erst erlernen müssen - LeserInnen und RedaktörInnen gemeinsam. Die Gestaltung der Zeitung kann von vornherein also keine endgültige Festlegung haben, sondern bleibt einem Lernprozeß vorbehalten, der zum Ziel hat, daß die LeserInnen in den Spalten nicht nur die Spiegelung des "miesen Alltags" oder die Unbill des politischen Lebens wiederfinden, sondern auch Spuren des Entwurfs einer konkreten Utopie.

4.)

Isolierung aufbrechen - die öffentliche Meinung beeinflussen

Gerade die Erfahrungen der Alternativ-Zeitungen verdeutlichen jedoch auch den Preis des Rückzugs in vertraute In-Groups. Die Tageszeitung soll demgegenüber kein Szene-Blatt werden. Sie ist daran interessiert, die Isolierung im Ghetto aufzubrechen. Das erfordert auch die Fähigkeit, eine verständliche Sprache zu finden.

Mit der Tageszeitung wollen wir aus der Ecke der Alternativ- und Scene-Presse heraustreten und offensiv kritische Auffassungen und Informationen in eine breite öffentliche Diskussion bringen. Die Zeitung soll ein Teil der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik und Westberlin werden. In der DDR werden wir sie auch vertreiben.

Nachdem die meisten westdeutschen

Zeitungen selbst vor einem kritisch-liberalen Journalismus immer mehr zurückschrecken, sehen wir journalistische Recherchen, Infragestellung offizieller Wahrheiten als eine wichtige Aufgabe an. Wir werden allen kritischen JournalistInnen die Möglichkeit geben, das in ihren Redaktionen zensierte (auch anonym) zu veröffentlichen.

5.)

Experimentieren

Eine neue Tageszeitung zu machen, bedeutet auch zu experimentieren. Experimentieren mit Bildern, mit Sprache, mit der Verarbeitung der Realität. Oftmals treibt die eingespielte Sprache auch die Wahrnehmung der Wirklichkeit in ausgetretenen

nebeneinander. Sie will nicht nur mit Worten, sondern auch mit Bildern, mit Comics und Karikaturen, mit der Gestaltung sich ausdrücken. Wir wollen eine Zeitung machen, die Spaß macht beim Lesen.

Experimentieren bedeutet auch, Erfahrungen zu machen, sich Fehler zu leisten eine neue Art von Tageszeitungen fertigzustellen wird erst in einem allmählichen Prozeß gelingen.

6.)

Quer zu den Sachzwängen

Eine "linke" Tageszeitung soll nicht nur von den Inhalten her gesehen werden, sondern auch von der Art und Weise, wie sie geschrieben und hergestellt wird. Wir werden nicht das



Furchen. Uns und unsere Umwelt neu zu entdecken: verkrustete Sicherheiten aufzulösen und in Frage zu stellen.

Kennzeichnend für die neue Linke ist auch das Bemühen, mit neuen Lebenszusammenhängen Erfahrungen zu sammeln. Politik macht in unserem Verständnis nicht halt vor dem Alltag, vor den Beziehungen, die wir untereinander herstellen, vor unseren Verhaltensweisen, Ängsten und Wünschen. Das Spektrum der üblichen Zeitungen verschieben, heißt auch, die alltägliche Realität von diesem Standpunkt und Interesse her zu betrachten.

Die Zeitung wird eine Collage werden. Sie stellt täglich verschiedene Aspekte

übliche Modell, wie es in Tageszeitungsredaktionen und Setzerein aussieht, übernehmen.

Eher schon orientieren wir uns an den Erfahrungen (und der Kritik) von Zeitungen wie "Liberation" und "lotta continua". Die Probleme der Arbeitsteilung des rigiden Produktionsdrucks, der Machthierarchie unter den MitarbeiterInnen werden wir nicht einfach über Bord werfen können. Aber wir wollen uns nicht vorschnell mit "Sachzwängen" befreunden. Wir werden so weit wie möglich versuchen, im Alltag der Zeitungsherstellung unsere Interessen an repressionsfreien Arbeits- und Lebenszusammenhängen durchzusetzen.

Reaktion auf die Texte von Antonio Gramsci in TATblatt Minus 98 und 99:

Was ist keine bürgerliche Zeitung?

"Was eine bürgerliche Zeitung ist", das hat uns im letzten TATblatt Antonio Gramsci erklärt: Ihre ideologische Funktion liegt darin, das spezielle Interesse der Bourgeoisie als allgemeine Wahrheit zu verkaufen. Und zwar gegen Geld. Also: Ein dreifaches "Boykottiert sie!" Das TATblatt ist gegen die Bosheit der bürgerlichen Zeitungen angetreten, zuerst mit spitzem Bleistift in der Kinderfaust, jetzt mit einer nüchternen Titelleiste. Und es schaut schon fast aus wie eine Zeitung. Was aber macht das TATblatt so unbürgerlich? Oder anders gerätselt: Was ist keine bürgerliche Zeitung?

Für "Avanti", in dem Gramsci 1916 seinen Artikel veröffentlicht hat, muß die Sache noch angenehm klar gewesen sein. Es genügte, den Klassenstandpunkt des Proletariats erst einzunehmen, dann ihn zu vertreten, somit das Bewußtsein der Massen wachzurütteln und dem staunend erwachten Volk die frohe Botschaft der revolutionären Wahrheit zu verkünden. Ob das Proletariat nun tot ist, wie es manche gern hätten, oder ob es gerade deshalb objektiv erst recht fortbesteht, wie es sich die FreundInnen eines praktischen Hauptwiderspruchs wünschen, als vereinheitlichender Bezugspunkt für die Zeitungsarbeit scheint es verloren zu sein. Die unfreiwillige Komik, mit der die heutige "Unità" oder die Volksstimme fast verschämt an dem liebgewonnenen Fossil festhalten, bestätigt dies nur.

Daher aber auch die Verlegenheit einer neugeborenen Zeitung: Woher die Linie, woher die Richtung? Deshalb ist es auch kein Zufall wenn sich eine Zeitung wie das TATblatt zunächst als Sammelbecken versteht. Nachrichten zu sammeln, die von der bürgerlichen Öffentlichkeit unterschlagen werden, aus dieser Dienstleistungsfunktion soll sich eine Art linker Gegenöffentlichkeit entwickeln. An die Stelle der einen großen Wahrheit des Klassenstandpunktes, die zu Gramscis Zeiten das Kriterium einer revolutionären Zeitung abgab, ist eine

Vielzahl heterogener Wahrheiten getreten: Die der Frauen, der Arbeitslosen, der Obdachlosen, der UmweltfreundInnen, der unbeleuchteten RadfahrerInnen. Was sie verbindet, ist die gemeinsame Erfahrung der Unterdrückung und Kanalisierung ihrer Wahrheiten in den "bürgerlichen" Medien. Wenn sich das TATblatt zum funktionierenden Medium dieser unterdrückten Wahrheiten entwickelt, vielleicht in der Hoffnung, daß diese im weitesten Sinn subversiv wirken können, dann ist das überschwänglich zu begrüßen.

Anders verhält es sich mit der derzeitigen Praxis des Nachrichtensammelns. Auch wenn in der Auswahl der Nachrichten die "bürgerliche Objektivität" vermieden werden soll, spätestens in der Nachricht selbst schleicht sie sich wieder ein. Und das nicht nur aus Zensurzwang, der aus Kieberern "Polizisten" und aus FreundInnen und Bekannten "DemonstrationsteilnehmerInnen" macht, sondern durch den - übrigens zutiefst bürgerlichen - Charakter der Nachricht selbst, die das Geschehen präsentieren muß. Das Medium Zeitung und der damit assoziierte Ernst der Sache scheint uns dazu zu zwingen, auf einmal in der abwägenden und abzählenden Sprache von Schurnalistentenschülern und Oberbuchhaltern daherzureden. Den Unernst, dem wir uns in unserem Privatleben so tief verpflichtet fühlen, haben wir, der allgemeinen Trennung von Kultur und Politik folgend, auf die vorletzte Seite verbannt: Stephan Eibl

soll nach der politischen Belehrung für Belustigung sorgen.

Wie in jeder Zeitung, gibt es auch im TATblatt genau zwei Typen von Nachrichten: Die gute und die schlechte. Was den bürgerlichen Medien die ProminentInnenhochzeit bzw die Flugzeugabstürze, ist dem TATblatt ein Spritzmittelverbot auf den Philippinen bzw Planktonsterben durch geschädigte Ozonschicht, dieses jedoch in der Schweiz. Sieg oder Niederlage. Die eine Nachricht (die gute) so hofft die Redaktion, baut auf, macht Freude, die andere (die schlimme), zeigt uns, wie böse die Welt ist, und daß wir endlich - fünf vor zwölf! - etwas dagegen tun müssen. Warum sollte man/frau sonst darüber schreiben? Damit sich die Leserinnen und Leser als informierte Mitbürgerinnen und Mitbürger hervortun können? Nein! der TATblatt-Titel deutet es verzagt



an: Das Potpourri aus Erbaulichem und Betrülichem, es soll uns stärken und entrüsten, zur Tat soll es uns treiben, Einhalt sollen wir gebieten dem Unrecht, weltweit, und weil wir gerade hier sind, auch in Wien, die Nationalbank bestrafen, den Polizeipräsidenten züchtigen und dem Landesvater endlich ganz heimtückisch was ins Futter mischen: So macht doch endlich. Das TATblatt wird berichten, auf der richtigen Seite der Barrikade!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
1050 Wien, Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/Keller
Postanschrift: 1050 Wien, Postfach 282
Telefon: (0222) 54 23 07
Konto: PSK 7547 212

Offenlegung gemäß Mediengesetz:
Alleinige Eigentümerin und Verlegerin ist die
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
1050 Wien, Margaretengürtel 122-124/Stg1/Keller
Grundlegende Richtung:



Das TATblatt soll eine selbstverwalte linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht.

Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen. Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein. Es wird regelmäßige offene Plena geben und viele Seiten für eure Meinung. Die TATblatt-Minusnummern enthalten:

- Aktuelles
 - Reportagen
 - Presserundschau
 - und einen Teil um das Projekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw
- ...und das alle vierzehn Tage.
Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

Schickt uns bitte massigst:
Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe.

*An Möglichkeiten, das
TATblatt finanziell zu
unterstützen mangelt es
keineswegs:*

1.) TATblatt-Bausteine

Ein Baustein kostet S 70.-. Wir finanzieren mit dem Geld die Produktion der "Minus-Nummern". Als Baustein-KäuferIn erhältst du ein halbes Jahr lang alle vierzehn Tage die TATblatt-Minusnummern zugeschickt.

2.) Subskriptionsabos für die Zweitageszeitung

Mit Beginn der zweitäglichen Erscheinungsweise bekommst du das

TATblatt drei mal wöchentlich zugeschickt. Wenn du das Abo bereits jetzt bezahlst, ermöglichst du uns, besser zu kalkulieren. Die Preise betragen:

250.- fürs Vierteljahr, 450.- fürs halbe Jahr und 850.- für ein ganzes Jahr.

3.) Mitgliedschaft in der "Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt". Dieser Verein ist Herausgeber des TATblatts (Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu). Die Mitgliedsgebühr kostet im ersten Jahr 1000.-

4.) kleine und große Spenden

Unser Konto:
P.S.K. 7547 212.

Nähere Infos:
Unabhängige Initiative
Informationsvielfalt
Postfach 282
1050 Wien

o Ja, ich will die TATblatt-Minus-Nummern ein halbes Jahr lang zugeschickt bekommen und bestelle daher hiemit Baustein(e) á öS 70.-
o Ich will nähere Informationen über die Mitgliedschaft in der U.I.I.
o Ich will

Bitte ausschneiden, auf Postkarte picken und uns schicken.

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
1050 Wien, Postfach 282

P.S.K. 7547 212